

READER zu G8



Mai 2003

attac-unigruppe freiburg

www.attac-freiburg.de/uni

Inhaltsverzeichnis

Zur Rolle und Geschichte der G8	3
Was ist GATS?	6
Der Notwendigkeitstest ist die Mutter der GATS Einmischung	13
Globalisierung als Strategie	15
Tobinsteuer: Wie kann die Macht des Finanzkapitals gebrochen werden?	19
Bericht über die Asambleas in Buenos Aires	27
WTO-Konferenz in Seattle – Liberalismus versus Freiheit	30
GATS – Was dahinter steckt, wer profitiert	34
“Wenn die andere Seite den Einsatz erhöht, ...	37
Kurzdefinitionen – WTO, IWF, WB, Strukturanpassungsprogramme	38

ZUR ROLLE UND GESCHICHTE DER G8

»Gipfel sind zwar in erster Linie medienwirksame Zusammenkünfte mächtiger Staatsmänner, bei denen beschlossen wird, was ohnehin schon ausgehandelt ist Dennoch sind sie bedeutsam, denn sie sind Symbole von Macht und Politik. Insofern kann auch der Protest nicht danach trachten, die Gipfel politisch zu beeinflussen. Er kann nur den imaginierten Konsens brechen und damit die Symbolik.« (Wolf/Dieter Narr)

Nicht zufällig fällt die erste Sitzung des (damals noch) G5 benannten Kreises in eine Krisenphase der fordistischen Regulationsweise. Am 17. November 1975 trafen sich in Frankreich auf Schloß Rambouillet die 'am stärksten industrialisierten Länder'. Dem vorausgegangen waren mehrere informelle Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs, die aufgrund der Loslösung der Währungen vom Goldstandard (1973) und der akuten Ölkrise nun - Rededbedarf anmeldeten.

Der durch die fordistische Produktions- und Regulationsweise entstandene Traum immer währender Prosperität kehrte Ende der sechziger, Mitte der siebziger Jahre auf den Boden der Realität - aka Krise - zurück. Im Kern wurde die Krise des Fordismus durch einen Rückgang der Kapitalrentabilität in allen kapitalistischen Metropolen verursacht.

Ein Blick zurück offenbart, dass die enormen Wachstumsraten auf der Ausschöpfung vorhandener Produktivitätsreserven und einer keynesianischen Regulierung der zunächst auf den Binnenmarkt konzentrierten Produktion fußten. (Das Nachkriegsdeutschland orientierte sich jedoch schon damals stark auf den Export. Bspw. Käfer.) Diese Produktivitätsreserven speisten sich jedoch nicht aus einem nimmer versiegenden Quell, sondern dieayloristische Zerlegung des Arbeitsprozesses und deren Neuzusammensetzung konnten nicht weiter bzw. in gleichbleibendem Tempo optimiert werden, was sich einhergehend mit zunehmenden Klassenkonflikten teilweise negativ auf die Profitraten auswirkte. Dieser Prozess begann die Fundamente des staatsinterventionistischen Regulationsmodus zu untergraben. Sozialstaatliche Verteilungspraktiken bzw. Subventionspolitiken, die sich zuvor aus den starken Sozialproduktzuwachsen speisten, konnten mit deren Abflachung und Verlangsamung nicht mehr finanziert werden und wurden damit zu einem weiteren Verstärker zur Schmälerung der Profitrate. Insbesondere der internationale Wettbewerb, angeheizt durch die Liberalisierung der Märkte und damit einhergehender Gewichtung auf den Exportsektor, führte einerseits zu einer geringeren Bedeutung des Binnenmarktes [Hirsch schreibt hierzu: "[...] dass die Verwertung des Kapitals von der Entwicklung der Masseneinkommen nicht nur unabhängiger wurde, sondern dass die Höhe der Löhne als Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb immer wichtiger erschien." (Hirsch 1995: 84)] und nicht zuletzt zu einem Druck auf die Lohnhöhe.

Eine weitere Marge der krisenhaften Entwicklung des Fordismus stellt der Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse von Bretton-Woods Anfang der siebziger Jahre dar. Dieses System, das die nationalen Ökonomien unabhängig vom jeweiligen Goldvorrat machte, band die nationalen Währungen an den Dollar. Gleichzeitig unterlag der Handel mit Devisen staatlicher Aufsicht und war in vielen Ländern genehmigungspflichtig. Durch den Druck der Banken und der Industrie gaben ab 1970 die USA, BRD, Kanada und die Schweiz die Kapitalsverkehrskontrollen auf. Aus Sicht von Martin/Schumann [Martin, Hans P. / Schumann Harald, Die Globalisierungsfalle. Rowohlt, Hamburg 1997: 73ff] gab dies das Initial für den Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse. Im internationalen Wettbewerb geriet die amerikanische Ökonomie vor dem Hintergrund ihres kostspieligen Militärapparates und des in Gang gesetzten wirtschaftlichen Aufholprozesses Japans und einiger europäischer Staaten unter Druck, mit der Folge eines volkswirtschaftlichen Defizits, wachsender internationaler Verschuldung und einer Schwächung des Dollars, was die USA zwang ihre Golddeckung aufzugeben. [Vgl. Altwater 1992: 144] Der Zusammenbruch Bretton-Woods' führte zur Aushebelung der "institutionalisierten politischen Regulierung des Weltmarktes" [Hirsch 1995: 85].

Die Verwertungskrise des Fordismus, d.h. einer auf Skalenökonomie begründenden Wirtschaftsweise bedeutet im Kern dass die Produktion nicht im Einklang mit dem Absatz der produzierten Güter steht. Aus diesem Grunde nahm die Profitabilität von Anlageformen jenseits der direkten Investitionen in die materielle Güterproduktion zu. Insbesondere die Entwicklung der globalen Finanzmärkte und eine stärkere Kapitalmarktorientierung der Unternehmen wurde hierdurch befördert. Der Zusammenbruch des System fester Wechselkurse führte zu einer Ausweitung der Devisenmärkte und entsprechend einer

Ausweitung der Spekulation. Daran schloss sich eine schrittweise Deregulierung der nationalen Finanzmärkte an. Eine Ausweitung der nationalen, wie internationalen Anlagemöglichkeiten für Geldkapital spitzte nun die Rentabilitätsanforderungen an produktive Investitionen zu. Auf diesem Weg spielte ein später als G5 bzw. noch später G7 und heute als G8 bekannter Kreis zumeist Schlipstragender Männer eine grosse Rolle:

Auf Einladung des US -amerikanischen Finanzministers George Shultz kamen am 25. März 1973 seine Amtskollegen aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland zu einem informellen Gespräch ins Weiße Haus zusammen. Thema der Zusammenkunft war das währungspolitische Chaos (durch Aufgabe der Golddeckung) und ihre jeweiligen Standpunkte hierzu. Entscheidungen wurden bei dieser Zusammenkunft keine getroffen, lediglich das Vorhaben dieses Treffen fortzusetzen und den japanischen Finanzminister dazu einzuladen. In den folgenden Monaten gab es dann einige solcher Folgetreffen zu fünf, und bald schon konnte man in der Presse den Ausdruck: "G-5" lesen. Diese Treffen waren die Keimzelle des "G7-Finanzgipfels", bei dem sich regelmäßig die Finanzminister und Notenbankchefs treffen. Es dauerte jedoch noch zwei weitere Jahre, bis eine Initiative des französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing dazu führte, daß Frankreich am 17. November 1975 in Schloß Rambouillet Gastgeber des ersten Gipfeltreffens der am stärksten industrialisierten Länder wurde.

Giscard d'Estaing hob das G5 von der Ebene der Finanzminister auf die der Staatsführung, was unter anderem daran lag, dass er ja nun auch vom Finanzminister zum Präsidenten avancierte - ebenso wie sein Kollege Helmut Schmidt, der in der Zwischenzeit deutscher Bundeskanzler geworden ist. Akute Problemlage war eine gereifte Krise, die weiterhin mit dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, und einem rasant gestiegenen Ölpreis umrissen werden kann. Zu diesem ersten Gipfel kamen sechs Staats- und Regierungschefs: die ursprüngliche Fünfergruppe und der italienische Ministerpräsident. Im folgenden Jahr waren es durch die Einbeziehung Kanadas dann sieben, und damit war die G7-Gruppe endgültig aus der Taufe gehoben.

Das Treffen von Rambouillet hatte noch nichts von einer internationalen Konferenz an sich. Den Vorstellungen des französischen Präsidenten entsprechend sollte es sich um ein informelles Treffen im kleinen Kreis handeln. Valéry Giscard d'Estaing selbst brachte lediglich zwei Spitzenbeamte mit. Seit 1975 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der am stärksten industrialisierten Länder der Erde jedes Jahr zwei Tage lang zu einem Meinungsaustausch über die wichtigsten aktuellen Probleme. Dabei wird auch der Präsident der EU-Kommission beigezogen. Im Lauf der Jahre sind die Delegationen ununterbrochen gewachsen, und auf dem Gipfel von Halifax (Kanada) umfaßte die US-Delegation nicht weniger als 500 Personen. Die G7-Gipfeltreffen wurden auch zu einem der größten internationalen Medienereignisse. Für das Lyoner Treffen im Juni wünschte sich das Gastgeberland Frankreich deshalb ein "Zurück zum Ursprung": Man bat die Teilnehmerländer um einen "Schritt der Bescheidenheit" - das heißt, sie sollten selbst die Zahl der eingeladenen Mitarbeiter begrenzen.

Dem Gastgeberland steht bei der Organisation eines G7-Gipfels eine entscheidende Rolle zu. Insbesondere hat es die Tagesordnung nach Rücksprache mit den anderen Teilnehmern festzusetzen und kann so dem Treffen seinen Stempel aufdrücken.

Die G7 ist keine internationale 'Institution', besitzt kein politisches Mandat und daher auch keine permanenten Strukturen. Von einem Gipfel zum anderen arbeiten die sogenannten "Sherpas" an der Vorbereitung der Diskussionen und an der endgültigen Form der Dokumente. So heißen im Jargon der Konferenz die persönlichen Vertreter der Staats- und Regierungschefs, die diesen beim 'Erklimmen des Gipfels' behilflich sind. Aber auch diese "Sherpas" haben ihrerseits im Lauf der Jahre ein kleines Team von Mitarbeitern aufgebaut. Es besteht aus zwei "Vize-Sherpas" für den wirtschaftspolitischen Teil der Beratungen, von denen einer aus dem Außen-, der andere aus dem Wirtschaftsministerium kommt, sowie aus dem Direktor der Außenpolitischen Abteilung des Außenministeriums für den politischen Teil der Tagesordnung. Mit der steigenden Anzahl der für diese Gipfel beschäftigten weitet sich entsprechend das Feld der Thematik. Die Spanne reicht von makroökonomischen Fragen, Handel und Entwicklung bis zu Veränderungen in den Reformstaaten. Über die Umsetzung der auf dem Gipfel getroffenen Entscheidungen wachen die Außen- und Wirtschaftsministerien der Teilnehmerländer. Der Anlass für diese Gipfeltreffen waren zunächst makroökonomischer Natur. Seit 1978 treten ebenfalls politische Problematiken auf den Plan (bspw. Massenarbeitslosigkeit oder Kernenergie). Mit dem Jahr 1994 wurde der russische Staatschef - obwohl nicht formelles Mitglied - zur Teilnahme an der zweiten Hälfte der Beratungen eingeladen. Der zweite Tag dient - nunmehr zu acht - politischen Gesprächen. Diese Diskussionen gehen dann in eine Erklärung ein, die traditionellerweise vom

Gastgeberland veröffentlicht wird. Seit 98 ist Russland regelgerecht in den Club aufgenommen. Eine Auswahl der Themen in ungeordneter Reihenfolge: Kernkraftwerke, Beschäftigungssituation, Oelpreise, Exportförderung von Rüstungsgeschäften, electronic commerce, Entschuldung, Finanzmärkte

Letztlich kann vereinfacht gesagt werden, dass die G5/7/8 eine Art Deliplenum der aufgrund wirtschaftlicher Entwicklung zur gemeinsamen Diskussion benötigten Nationalstaaten darstellt. Die sich selbst gesetzte Aufgabe besteht in der Reaktion auf Kapitalismusimmanente Krisenpotentiale und der Regulation, bzw. forcierung von aus Globalisierungstendenzen entstehenden Problematiken. Insbesondere bzgl. einer Ausgestaltung des Finanzmarktes (liberalisierung / schaffung multipler Finanzanlagemöglichkeiten) ist die abstimmende Funktion des Gipfels nicht zu unterschätzen. Letztlich kann die ideologische Phrase der 'new economy' als ein Richtungswechsel markierender Eckpunkt, von der materiellen zur immateriellen Produktion (e-commerce, IT, Finanz- Aktienmarkt) gesehen werden, der u.a. auf den Gipfeltreffen verhandelt wurde. Nicht im Sinne einer Verschwörung, sondern als Reaktion der Nationalstaaten, auf die subjektlose Selbstbewegung des 'sich selbst verwertenden Wertes'. Diese zu regulieren, bzw. abzustimmen und zu gestalten ist die selbstgesetzte Aufgabe des Gipfels.

Auf dem diesjährigen G7/G8-Gipfel soll ein zentrales Projekt besprochen werden: das GATS (General Agreement on Trade in Services - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), es bezweckt die weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Mit dem GATS schaffen sich die G7/G8 eine anonyme Macht, die die öffentliche Hand dazu zwingt, die Versorgung mit Bildung, Gesundheit oder Wasser »wirtschaftlich effizienter« zugestalten als Privatunternehmen. Anderenfalls sollen private Firmen über das Schiedsgericht der Welthandelsorganisation (WTO) eine Privatisierung erzwingen können sollen.

Welche Konsequenzen die Übergabe der öffentlichen Dienstleistungen (Arbeitsämter, Schulen, Unis, Krankenhäuser etc.) an die private Verfügungsgewalt der Konzerne für die Bürgerinnen und Bürger haben wird, wird weder von den Parteien noch von den Gewerkschaften in Deutschland angemessen diskutiert. Ihnen ist auch nicht klar, daß die Privatisierungswelle im Dienstleistungssektor deutscher Kommunen überhaupt etwas mit dem GATS und der WTO zu tun haben. Dabei ist das GATS nur eine weitere Konsequenz der Politik der neoliberalen "Globalisierung", deren Hauptdurchsetzungsinstrument in Europa die EU-Kommission ist.

Die EU-Kommission ist es auch, die für die Länder der EU über das GATS bei der WTO verhandelt, unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne irgendeine Möglichkeit der Einflußnahme durch die Öffentlichkeit. Gefahr droht durch das GATS nicht allein durch den Verlust von Arbeitsplätzen, es drohen auch die Unterminierung der Gemeindeautonomie, der Verlust an Demokratie, die Erhöhung von Gebühren und Preisen, negative Folgen für die Umwelt.

Natürlich steht auch die Schuldendebatte wieder auf der Tagesordnung der G7/G8; was dabei herauskommen wird, kann man allerdings jetzt schon ahnen. Beim vorletzten Gipfeltreffen in Köln hatten die G7/G8 versprochen, den ärmsten Ländern 200 Mrd. DM zu erlassen - realisiert wurden bisher gerade mal 18 Mrd. Eine lächerliche Summe, wenn man berücksichtigt, dass allein im Jahre 1992 die armen Länder 450 Mrd. US-\$ an die 10 reichsten Länder "zurück" - gezahlt haben.

Die mit dem globalen neoliberalen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verbundenen Folgen zeigen sich im schnellen Auseinandergehen der sozialen Schere zwischen armen und reichen Ländern. Weiten Teilen der Menschheit fehlt es am Nötigsten, während eine kleine Minderheit immer mehr Geld anhäuft. Aber auch innerhalb dieser Minderheit reicher Industriestaaten zeigen sich die Folgen von Profitstreben und Konkurrenz. Allein in der Europäischen Union leben inzwischen 60 Millionen Menschen in Armut, 16 Millionen Menschen sind offiziell erwerbslos, fünf Millionen obdachlos. In den USA leiden 30 Mio. Menschen an Unterernährung. Die Aufhebung aller Regulierungsschranken in den Bereichen Arbeit, Soziales, Handel, Finanzen, Dienstleistungen führen in den Ländern der G7/G8 selbst zu Stellenabbau, Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, Verarmung, qualitative Verschlechterung der Dienstleistungen. Weiterhin geht es um das Abkommen von Kyoto zur Reduzierung von Treibhausgasen, die zur globalen Klimaerwärmung führen. Die USA haben sich nach der Wahl George W. Bushs zum Präsidenten von ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen losgesagt. Derzeit ist umstritten, ob der Vertrag auch ohne die USA in Kraft gesetzt werden soll.

In bilateralen Gesprächen wurde deutlich, dass die umstrittenen US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem das Treffen dominieren dürften. Die von US-Präsident George W. Bush vorangetriebenen Pläne einer Raketenabwehr werden von Russland und China strikt abgelehnt. In den meisten Staaten der

Europäischen Union stoßen sie ebenfalls auf Vorbehalte. Italiens Verteidigungsminister Antonio Martino begrüßte allerdings am Mittwoch überraschend die US-Rüstungspläne. Dagegen mahnte Kanadas Außenminister John Manley die USA, die geltenden Abrüstungsvereinbarungen zu wahren und die Nato-Partner in die Diskussion angemessen einzubeziehen. Russlands Außenminister Igor Iwanow verlangte bei einem Treffen mit seinem US-Kollegen Colin Powell von Washington mehr Klarheit über das geplante Abwehrsystem. Seine Regierung sei aber zu einem intensiven Dialog mit den USA darüber bereit. Powell sagte zu, dass die USA "in nächster Zukunft" ihr Konzept für eine Raketenabwehr detaillierter darstellen würden, damit Russland eine Grundlage für die Bewertung des Systems habe. Russland und China hatten erst kürzlich unterstrichen, dass der Vertrag zur Begrenzung von Abwehrsystemen für strategische Raketen (ABM) als Stützpfiler internationaler Sicherheit unverändert bestehen bleiben müsse. Der Vertrag verbietet das von den USA geplante System.

www.g8-illegal.org

Was ist GATS ?

Was verbirgt sich hinter der Abkürzung GATS? Es ist das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen, das 1994 eingerichtet wurde und nun von der Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben werden soll. Alle öffentlichen Dienstleistungen sollen zur handelbaren Ware werden, d.h. z.B. auch Gesundheit, Bildung und die Wasserversorgung.

Der folgende Text kommt im Duktus der Empörung daher über die bösen Konzerne, wie wir es leider schon von den Texten gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) kennen. Es wird auf die einsichtigen PolitikerInnen gehofft, die weiterhin die öffentlichen Dienstleistungen des Staates garantieren sollen. Der Schutz der einheimischen Wirtschaft vor ausländischen Konzernen bietet gefährliche Anknüpfungspunkte zum Nationalismus, und deshalb muß die Ablehnung nationalistischer Positionen deutlich gemacht werden.

Aber auch wenn wir wissen, daß Kapitalismus eben Profitmaximierung heißt und daß der Staat dazu da ist, optimale Verwertungsbedingungen sicherzustellen, und daß es die Regierungen sind, die an den Verhandlungstischen der WTO sitzen und weitere Privatisierungen und Deregulierung beschliessen, so bietet dies er Text trotzdem eine kurze Einführung worum es beim GATS geht.

Die letzte Grenze

Ein globales Abkommen, über das gegenwärtig verhandelt wird, wird es Unternehmen erlauben die öffentlichen Dienstleistungen in aller Welt zu übernehmen - ob Menschen das wollen oder nicht... Wenn es einmal installiert ist, wird es den Untergang des öffentlichen Sektors bedeuten. Maude Barlow erklärt, warum das verhindert werden muss.

Wenn Sie BolivianerInnen wären, wüssten Sie, warum die Welt besorgt sein müsste über GATS. Gehen Sie zurück in der Zeit ins Frühjahr 2000, in die Stadt Cochabamba in diesem südamerikanischen Land. Unter dem Druck der Weltbank hat die bolivianische Regierung ihr öffentliches Stadtwassersystem an ein US-Wasserunternehmen verkauft. Dies war Teil des Weltbank-Programms, die bolivianische Wirtschaft zu "modernisieren" - in anderen Worten, sie den westlich gegründeten Unternehmen gegenüber zu öffnen. Es war alles, so wurde den Bolivianern versichert, im Namen der ökonomischen Effizienz.

Die Menschen von Cochabamba fanden schnell heraus, worauf diese Effizienz hinauslief. Schon Wochen nachdem die Unternehmensflagge gehisst wurde, auf dem was bislang ein öffentlicher Versorgungsbetrieb war, stiegen die Wasserpreise massiv an. Viele der ländlichen Familien von Cochabamba mussten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für ihr Wasser bezahlen - mehr als sie für Nahrungsmittel ausgeben. Die Belastungen waren lähmend, und es gab keine Alternative - sogar Regenwasser als Trinkwasser zu sammeln, war für illegal erklärt worden.

Beschwerden hatten keine Wirkung bei dem Wasserunternehmen, dessen Ziel es nun war, eher Profit zu machen als eine öffentliche Versorgung für elementare Bedürfnisse bereitzustellen. So gingen die Cochabambaner auf die Straße. Im April nahmen zuerst Hunderte, dann Tausende an den Demonstrationen gegen die Privatisierung dieser elementarsten Güter teil.

Vier Tage Streik brachten die Stadt zum Stillstand. Die Regierung gab nach und versprach den

Wasserpreis zu senken. Dann änderten sie ihre Meinung. Der Protest begann wieder und wurde dieses Mal größer. Tränengas wurde eingesetzt und der Kriegszustand wurde erklärt. Cochabamba landete im Chaos. Noch immer weigerten sich die Regierung und das Unternehmen, nachzugeben. Protestführer wurden in der Nacht zusammengetrieben. Andersdenkende Medien wurden geschlossen. Der Profit eines fremden Unternehmens hatte Vorrang vor den täglichen Bedürfnissen der Bolivianischen Bevölkerung. Aber diese Menschen gaben nicht auf. Der Protest wuchs sogar noch an. Schließlich, nachdem das Militär einem 17-jährigen protestierenden Jungen ins Gesicht geschossen hatte, realisierte sogar die Regierung, dass das Spiel vorüber war. Zwei Tage später unterzeichneten sie ein Übereinkommen, das die Stadtwasserversorgung wieder der öffentlichen Kontrolle übergab. Dies war ein Sieg, der nicht andauern wird. Nächstes Mal werden die Menschen, egal wie groß der Protest sein wird, ihre Zeit verschwenden.

Es kommt auch zu Ihnen.

Nur wenige Monate früher wurde in der Nordamerikanischen Stadt Seattle das November 1999 Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) stillgelegt - ebenso durch Massenproteste. Es war, so schien es, ein Ereignis, das die Kräfte der Unternehmensglobalisierung auf ihrem Weg gestoppt hat - zumindest für eine gewisse Zeit.

Aber nicht so schnell. Schon Monate nachdem sich der Rauch und das Pfefferspray verzogen hatte, und die Protestierer, die Regierungsoffiziellen und die Reporter gegangen waren, rief schon das "General Agreement on Trade in Services" GATS (Allgemeine Vereinbarung über Handel in Dienstleistungen). Sie haben wahrscheinlich von GATS noch nichts gehört - die Wenigsten haben das. Darum geht es gerade. Aber Sie sollen wissen, welche Bedeutung es für Sie haben wird. Denn diese Verhandlungen gehen immer noch, im Stillen, weiter. Ihre Absicht ist, einfach und sachlich, die öffentlichen Dienstleistungen der ganzen Welt für Unternehmensübernahmen anzupreisen, um das ganze Konzept der öffentlichen Dienstleistungen nicht nur unmöglich, sondern möglicherweise illegal zu machen. Das ist es, worum es in GATS geht. Wenn es letzten April schon in Kraft gewesen wäre, wäre es ganz einfach für die Bolivianische Regierung illegal gewesen, die Wassergesellschaft wieder zu verstaatlichen. Gute Nachrichten für die Unternehmensprofite, schlechte Nachrichten für Menschen. GATS macht den Weg frei für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen über die ganze Welt hin. Nichts wird ausgenommen - Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialwesen, Post, Museen und Büchereien, öffentlicher Verkehr, alles wird den Unternehmensinteressen geöffnet. Jeder und jeglicher Dienst, der gegenwärtig von den Staaten im Namen des öffentlichen Interesses zur Verfügung gestellt wird, wird privaten Unternehmen zugänglich gemacht und unter Profitgesichtspunkten betrieben werden. GATS könnte, ganz einfach, die letzte Grenze der Globalisierung sein: Das Ende der Idee gemeinnütziger öffentlicher Dienste.

GATS wird in über 130 Ländern in Kraft treten, leise, und ohne viel Aufhebens, und dies in weniger als 2 Jahren. Wenn nichts getan wird!

Was ist GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eines von mehr als 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden.

Das GATS wurde 1994 eingerichtet als Ergebnis der "Uruguay-Runde" des allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT) die zu der Schaffung der Welthandelsorganisation geführt hat. GATS war eines der Handelsabkommen, das für die Einbeziehung in die WTO übernommen wurde, als diese 1995 gebildet wurde. Die Verhandlungen sollten 5 Jahre später beginnen, mit dem Ziel "progressiv die Ebene der Liberalisierung des Handels" zu heben.

Diese Gespräche wurden wie geplant im Februar 2000 auf den Weg gebracht. Der Weg sieht vor, eine Abschlussvereinbarung bis Dezember 2002 zu erreichen - das sind weniger als 2 Jahre.

Das Mandat von GATS ist die "Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen". In klarem Deutsch bedeutet dies den Abbau der staatlichen Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Ihr Ziel ist, es Regierungen unmöglich zu machen, öffentliche Dienste auf einer gemeinnützigen Basis zu betreiben, ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen.

GATS wird es der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch

eine ganze Reihe gesetzlicher Zwänge einzuschränken. Jede Regierung, die den Regeln der WTO zuwider handelt, wird Sanktionen erfahren.

Also, was wird geschehen, wenn GATS eingeführt wird? Charlene Barshevsky, die US-amerikanische Handelsbeauftragte, kann es uns sagen. Bevor die GATS-Verhandlungen zu Beginn des letzten Jahres begannen, fragte sie die mächtige US-Lobby-Gruppierung der Koalition der Dienstleistungsindustrien, was sie in den GATS-Vereinbarungen beinhaltet sehen möchte. Die Europäische Kommission hat dasselbe getan mit ihrer Industriekoalition, dem europäischen Dienstleistungsforum. Unter sich haben die Unternehmen die folgenden Prioritätsgebiete für die Handelsliberalisierung identifiziert: Gesundheitswesen; Krankenhauswesen; Häusliche Pflege; Zahnarztwesen; Kinderbetreuung; Altenbetreuung; Erziehung - Schulwesen, Hochschulwesen und Volkshochschulwesen bzw. Erwachsenenbildung; Museen; Büchereien; Gesetzgebung; Sozialberatung; Architektur; Energiewesen; Wasserversorgung; Umweltschutzdienste; Immobilienwesen; Versicherungen; Tourismus; Postdienste; Verkehr; Verlagswesen; Funk- und Fernsehen und viele andere.

Die Konsequenzen hiervon sind niederschmetternd. Es bedeutet, dass die 137 Mitgliedsländer der WTO dabei sind, übereinzustimmen, alle ihre öffentlichen Dienstleistungen für freie Handelsgesetze zu öffnen - denselben Gesetzen, die es der WTO erlaubt haben, die Gesundheit, die Nahrungssicherheit, und die Umweltgesetze in Dutzenden von Ländern zu zerschlagen. Den Unternehmenswölfen wird Einlass in das letzte verbleibende Pflänzchen gewährt. Und sind sie einmal drin, wird es zu spät sein, sie jemals wieder herauszukriegen.

Eine kurze Geschichte der Globalisierung

Wie konnte dies passieren? Wie konnten Regierungen diese Beseitigung der zentralsten Grundrechte erlauben, ohne ihre Bürgerinnen und Bürger zu fragen oder zu informieren? Um die Antwort zu verstehen ist es notwendig zum Ursprung des Welthandelssystems zurückzugehen. 1947 wurde eine neue Handelskörperschaft - die internationale Handelsorganisation (International Trade Organisation ITO) - geschaffen, mit einem sehr anderen Mandat als dem der heutigen WTO. Die ITO sollte geordneten globalen Handel unter der Zuständigkeit der UNO fördern. Der Verfolg des Handels sollte ausdrücklich wichtige soziale Gesichtspunkte berücksichtigen, einschließlich der Vollbeschäftigung und der menschlichen sozialen Rechte, wie sie durch die universelle Erklärung der Menschenrechte durch die UNO garantiert wurden. Die neue ITO hatte sogar das Recht, transnationales Kapital zu regulieren, um sicherzustellen, dass es diesen sozialen Zielen dient.

Aber die ITO war eine Totgeburt, getötet von den US, die beabsichtigten, ein ganz anderes globales Handels- und Investment-Regime zu bilden, das nicht auf mehr, sondern auf weniger Regulierungen gebaut war; ein Regime, das sich selbst, seinen großen Unternehmen und seinen internationalen Interessen Vorteil bringen würde. So schafften die US das GATT und entzogen es der Zuständigkeit der UN. Seit der Bildung des GATT im Jahre 1947 gab es acht Handelsvereinbarungs-"Runden", jede darauf ausgerichtet, die Grenzen des globalen Handels progressiv weiter auszudehnen. Die ersten sechs Runden konzentrierten sich ausschließlich darauf, die Tarife (Grenzzölle) zu senken, und die Macht von GATT wuchs weiter, weitgehend unbeachtet von der Zivilgesellschaft. Aber die siebte "Tokio-Runde" (1973/1979) fiel zusammen mit dem Auftauchen des sogenannten "Washington Consensus" - einem globalen wirtschaftlichen Modell, das auf den Prinzipien der Privatisierung, dem freien Handel und Deregulierungen basiert - und dem Auftauchen von riesigen transnationalen Unternehmen, welche, weil sie nun globale Unternehmen sind, den nationalen Staatsregulierungen entkommen sind und gleichermaßen den Abbau von Regulierungen auf internationalen Ebene wollen. Dies schließt riesige Dienstleistungsunternehmen ein, die erpicht darauf sind, ihre Hand auf

Regierungsmonopole legen zu können, besonders im sozialen Dienstleistungssektor. Zum ersten Mal begann GATT sich in nicht-zollbezogene Beschränkungen einzumischen - den Regelungen, Grundsätzen und Praktiken von Regierungen, wie Umweltschutzgesetzen und öffentlich finanzierten sozialen Diensten, die auf den Handel einen Einfluss haben können. Die Uruguay-Verhandlungsrunde (1986/1994) erweiterte den Umfang der Themen drastisch. Zum ersten Mal wurden Dienstleistungen genannt und Gebiete, die normalerweise mit Handel nicht in Verbindung gebracht werden.

Welt wache auf!

Plötzlich wurde es für viele NGOs, Sozialrechtsbefürworter und Umweltschützer klar, dass während sie damit beschäftigt waren, Einfluss auf ihre jeweiligen Regierungen und auf die UN zu nehmen, viel von der Macht, die diese bisher hatten, leise übergegangen war in neue Gebiete - ungewählte, und in der Größe ungesehene globale Handelssysteme. Die Architekten der Schluss-Agenda der Uruguay-Runde wollten einen Zusammenhang von

Bestimmungen einrichten um die Globalwirtschaft zu regeln - Regeln, die ihnen dienen würden, und die von den Mächten und Organen einer Weltregierung unterstützt worden wären.

Es war die Uruguay-Runde, die zur Schaffung der WTO führte, der globale Polizist für das Handelsprogramm reicher Unternehmen. Ungleich GATT, das ein wirksamer Geschäftsvertrag zwischen Nationen war, wurde der WTO "legale Persönlichkeit" gegeben. Sie hat internationalen Status, gleichwertig der UN, aber mit dem Zusatz, enorme Durchführungskraft zu besitzen.

Ungleich jeder anderen globalen Institution, hat die WTO gesetzgebende und richterliche Macht, die Gesetze, Praktiken und Politik der einzelnen Länder herauszufordern und niederzuschlagen, wenn sie als zu "handelseinschränkend" gesehen werden. Die WTO beinhaltet keine Minimumanforderungen um Arbeit, Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards zu schützen; jeden einzelnen Fall (mit nur einer Ausnahme), den die WTO nutzte um ein Gesetz zur häuslichen Gesundheit, Nahrungssicherheit, fairen Handel oder Umwelt herauszufordern, hat sie gewonnen. Über die letzten sechs Jahre haben die Durchführungen der WTO gezeigt, dass sie das mächtigste, geheimste und antidemokratischste Organ auf Erden ist, rasend schnell den Mantel einer Globalregierung annehmend und aktiv danach suchend, seine Macht und Reichweite zu vergrößern.

Das Beschneiden der Dienstleistungen

Öffentliche Dienste stehen als nächstes auf der Unternehmens-Abschussliste der WTO. Globale Unternehmen waren überall so erfolgreich darin, Regierungen zu überreden, dass deren Agenden die gleichen sind - nämlich, dass der Erfolg von Unternehmensprofit und das Wohl der Gesellschaft ein und dasselbe sind - so dass deren Zugang zu vielen Bereichen des öffentlichen Lebens sich bereits verbessert hat. Jetzt wollen sie an den ganzen Kuchen. Im internationalen Handel sind Dienstleistungen der Sektor, der am schnellsten wächst und er verspricht reiche Ausbeute für schlaue Unternehmen. Und unter allen öffentlichen Diensten zeichnen sich das Gesundheitswesen, der Erziehungsbereich und die Wasserversorgung als die ab, die potentiell am lukrativsten sind. Die globalen Ausgaben für Wasserversorgung überschreiten jetzt \$ 1 Billionen jedes Jahr; für Erziehung überschreiten sie \$ 2 Billionen und für die Gesundheitsversorgung überschreiten sie \$ 3,5 Billionen.

In vielen Teilen der Welt hat das, was GATS beschleunigen wird, bereits versuchsweise begonnen. Die USA könnten ein Modell für den Abbau öffentlicher Dienstleistungen vorschlagen, das GATS dann überall auf der Welt durchführen wird. In Amerika ist die Gesundheitsversorgung bereits ein großes Geschäft geworden, mit gigantischen Gesundheitsversorgungsunternehmen die an der New Yorker Börse registriert sind. Rick Scott, Präsident von Columbia, des weltgrößten profitorientierten Krankenhausunternehmens, ist sich darüber im klaren, dass Gesundheitsversorgung ein Geschäft ist, nicht anders als eine Fluggesellschaft oder die Kugellagerindustrie. Er hat öffentlich geschworen, jedes öffentliche Krankenhaus in Nordamerika zu zerstören. Doktoren, sagt er, sind keine "guten Unternehmensbürger".

Unterdessen sagen bereits Investitionsgesellschaften wie Merrill Lynch voraus, dass genauso wie das öffentliche Gesundheitswesen privatisiert worden ist, das Erziehungssystem innerhalb des nächsten Jahrzehnts global privatisiert werden wird. Sie sagen, dass dort unschätzbare Profitbeträge erzielt werden können, wenn dies passiert. Die EU hat kürzlich angekündigt, dass jede öffentlich betriebene Schule in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts mit einem Unternehmen zusammengeschlossen werden muss. Die Eroberung ausländischer Märkte ist jetzt zu einer gemeinsamen Schlüsselstrategie unter Institutionen für höhere Ausbildung überall auf der Welt geworden.

Viele Teile der "Dritten Welt" sind in den letzten Jahrzehnten von den strukturellen Anpassungsprogrammen des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) gezwungen worden, ihre öffentlichen Infrastrukturen abzubauen. Um berechtigt für den Schuldenerlass zu werden, sind z.B. Dutzende von "Entwicklungsländern" in den letzten 20 Jahren dazu gezwungen worden, ihre öffentlichen Sozialprogramme aufzugeben, gleichzeitig wird fremden Unternehmen erlaubt, ins Land zu kommen und ihre Gesundheits- und Erziehungs- "Produkte" an die "Konsumenten" zu verkaufen, die sich diese leisten

können, während Millionen von Menschen ohne eine allgemeine soziale Grundversorgung bleiben. Lateinamerikanische Länder erfahren momentan eine Invasion von US-Gesundheitsversorgungsunternehmen und Asiatische Länder erlauben, dass Zweigstellen von ausländischen Universitäten und Gesundheitsversorgungsketten in ihr Land kommen. Erst kürzlich hat die Weltbank dieselben Länder gezwungen, ihr Wasserversorgungssystem zu privatisieren und arbeitet offen zusammen mit Wassergiganten wie Vivendi und Suez Lyonnaise des Eaux, um ihre "Rechte", Profit in der Dritten Welt machen zu können, aufzubauen.

Nun wollen diese Unternehmen durch die GATS-Vereinbarungen bindende, globale und unwiderrufliche Rechte, die ihnen Zugang zu den staatlichen Dienstleistungsverträgen überall in der Welt garantiert. Und sie sind erfolgreich. Bereits über 40 Länder, einschließlich ganz Europa, haben die Erziehung auf die Liste des Zuständigkeitsbereiches von GATS gesetzt, und öffnen ihren öffentlichen Erziehungsbereich ausländisch gestütztem Wettbewerb. Fast 100 Länder haben dasselbe mit dem Gesundheitswesen getan. Wenn die neuen Verhandlungen vorankommen, wird es sehr schwer sein für irgendein Land, gegen den Strom zu schwimmen - selbst wenn einige mutig genug sein sollten, es zu versuchen.

Was ist in GATS enthalten?

Das bestehende GATS-Abkommen - das noch nicht entgeltlich abgeschlossen ist, und sogar noch schlimmer werden kann - deckt alle Dienstleistungs-Bereiche und die meisten Regierungsmaßnahmen ab, einschließlich Recht, Praxis, Regulierungen und Richtlinien, geschriebene und ungeschriebene. Keine staatliche Maßnahme, die den Handel von Dienstleistungen berührt, egal mit welchem Ziel, ob sie den Umwelt- oder Konsumentenschutz, allgemeine Versicherungen oder die Verbesserung von Arbeitsbedingungen betrifft, ist außerhalb des Zugriffs von GATS. Nichts Öffentliches ist sicher. Im Wesentlichen verbietet die Vereinbarung sogar die "Diskriminierung" ausländischer Unternehmen, die sich anbieten, öffentliche Dienste zu leisten, - sogar wenn dieses Unternehmen eine schlechte Vorgeschichte im Umwelt- oder Sozialen Bereich ausweist.

Es ist bereits Übereinkunft darin erzielt worden, dass einige existierende WTO-Regelungen "flächendeckend" für alle öffentliche Dienste gelten sollen, egal ob die betreffenden Bereiche bereits innerhalb von GATS deziert aufgelistet sind, oder nicht. Eine solche "flächendeckende" Regelung ist die der "am meisten bevorzugten Nation", die besagt, dass falls das Unternehmen aus einem anderen WTO Land innerhalb Deines Marktes operiert, , musst Du die Unternehmen aus allen Ländern der WTO einlassen. Diese Regelung wird für alle Dienste gelten, sogar auch für diejenigen, die in einigen Ländern noch geschützt sind, wie Gesundheitswesen und Erziehung. Gemäß dieser flächendeckenden Regel müssen in ähnlicher

Weise alle Regulierungen eines gegebenen Bereiches, einschließlich der Sozialdienste, "am wenigsten handelsrestriktiv" sein - das heißt in Englischer Sprache abgefasst sein. Alle öffentlichen Dienste - sogar die Sozialhilfe - sollen sich den Marktmechanismen unterwerfen.

Die Anhänger von GATS behaupten, dass ihre Gegner hysterisch sind. Es gibt nichts, worüber man beunruhigt sein müsse.

Sie verweisen auf die "Ausnahme" innerhalb GATS, die für einige öffentliche Dienste gilt, die von den Regierungen bereit gestellt werden.

Einige Länder, so werden sie betonen, haben bereits Ausnahmen beantragt für ihre öffentlich finanzierten sozialen Sicherheitsprogramme. Aber dies ist nicht so einfach, wie es scheint. Damit eine Dienstleistung gemäß GATS Paragraph 1.3C als unter Regierungsautorität stehend anerkannt werden kann, muss sie "vollkommen unentgeltlich" zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass die in Frage stehende Dienstleistung vollkommen von staatlicher Seite finanziert sein muss, und keine kommerziellen Zwecke haben darf. Da fast kein Dienstleistungsbereich vollkommen unentgeltlich ist, ist diese Ausnahme weitgehend bedeutungslos.

Was mit GATS beabsichtigt ist

In seinem neuen Buch: "GATS. Wie die neuen Dienstleistungsverhandlungen der WTO die Demokratie bedrohen" beschreibt der Kanadische Forscher Scott Sinclair die drei Prioritäten der laufenden Verhandlungsrunde. Als erstes werden die GATS Bevollmächtigten versuchen, Unternehmenszugänge zu heimischen Märkten zu erweitern. Regierungen werden unter großen Druck geraten, mehr ihrer Dienstleistungen aufzulisten und weniger herauszulassen.

Das wirkungsvollste Druckmittel wird darin bestehen, die "nationale Behandlung" flächendeckend

angewendet zu sehen. Nationale Behandlung ist ein fundamentaler Glaubenssatz des freien Handels; er verbietet Regierungen ihre heimischen Dienstleistungen gegenüber ausländischen Unternehmen zu bevorzugen. Schon jetzt wird die nationale Behandlung bei verschiedenen Dienstleistungen innerhalb GATS angewendet; und das Ziel ist, dessen allgemeine Anwendung. Darüber hinaus werden die mächtigen westlichen Länder auf noch weiteren verbindlichen Marktzugangsbestimmungen bestehen, und die "Entwicklungsländer" unter Druck setzen, unwiderprüflichen Zugang zu ihren Märkten zu garantieren und demokratische Regierungsvollmacht zurückzunehmen.

Zweitens werden die GATS-Bevollmächtigten versuchen, einheimischen Regulierungen strenge Beschränkungen aufzuerlegen, und dadurch die staatlichen Möglichkeiten begrenzen, Umwelt-Gesundheits- und andere Standards, die den freien Handel behindern, einzuführen. Artikel VI: 4 fordert die Entwicklung aller "nötigen Disziplinarmaßnahmen", um sicherzustellen, dass "Maßnahmen bezüglich Qualifikationsvoraussetzungen und Verfahrensweisen, technischen Standards und Lizenzvergaben nicht unnötige Handelsbarrieren darstellen". Übersetzt: Kommt bloß nicht mit Euren nervtötenden nationalen Standards ausländischen Unternehmensinteressen in die Quere. Auch diese Bestimmung würde flächendeckend gelten. Die Regierungen würden gezwungen werden nachzuweisen, dass ihre Regulierungen, Standards und Gesetze "notwendig" sind, um WTO sanktionierte Ziele zu erreichen, und dass eine weniger handelsrestriktive Handelsalternative nicht zur Verfügung stand.

Drittens: Die neuen Gespräche zielen darauf ab, neue GATS Regelungen und Beschränkungen zu entwickeln, mit dem Zweck, den Einsatz staatlicher Subventionen weiter zu beschränken, wie es im öffentlichen Dienst, im städtischen Bereich sowie in den sozialen Programmen geschieht. Eine besonders bedrohliche Entwicklung ist die Forderung nach Ausweitung der harmlos klingenden "Kommerziellen Präsenz"-Regeln. Kommerzielle Präsenz erlaubt einem "Investoren", der sich in einem GATS Land niedergelassen hat, sich auch in jedem anderen GATS Land niederzulassen, und nicht nur gegen einheimische Anbieter um Aufträge zu konkurrieren, sondern auch gegen einheimische öffentlich finanzierte Institutionen und Dienstleister um die Vergabe öffentlicher Gelder. Zusammengenommen werden diese Vorschläge die Autorität der WTO im Tagesgeschäft der Regierungen ungeheuer ausweiten. Sie werden die Ausübung demokratischer Kontrolle über die Zukunft elementarer öffentlicher Dienste so gut wie unmöglich machen.

Wie GATS uns betreffen wird

Jeder einzelne Aspekt des öffentlichen Lebens wird von GATS betroffen werden. Als Ergebnis der globalen Ökonomisierung, durchläuft schon jetzt jedes Land auf der Welt einen fundamentalen Transformationsprozess. Der Reichtum schwimmt an die Spitze, während ein wachsender ökonomischer Abgrund diejenigen, die von dem System profitieren, von einer immer sich vergrößernden Unterklasse trennt. Um das sicherzustellen, was der amerikanische Erziehungsautor Jonathan Kozol in "Das Überleben der Kinder der Stärksten" nennt, wird ein gestuftes Erziehungssystem und soziales Sicherheitssystem die Norm überall auf der Welt werden, während wir kollektiv einen Traum allgemeiner Rechte aufgeben. Wir schaffen Topschulen und Gesundheitsversorgungssysteme für die Elite der Welt und ein gestuftes System - oder überhaupt kein System - für diejenigen, die nicht mehr zählen.

GATS dient dieser unternehmens- und profitgetriebenen Vision der Gesellschaft. Es ist, in nüchternen Worten ausgedrückt, wichtig zu verstehen, was auf dem Spiel steht. Unter dem vorgeschlagenen GATS-Regime werden ausländische Gesundheits- und Erziehungs-Unternehmen das Recht haben, sich in jedem WTO Land niederzulassen. Sie werden das Recht haben, mit öffentlichen Institutionen, wie Krankenhäusern und Schulen, um die Vergabe von öffentlichen Geldern zu konkurrieren.

Standards für Mitarbeiter im Gesundheits- und Erziehungswesen werden den WTO Regelungen unterworfen sein, um sicherzustellen, dass sie nicht eine "Behinderung des Handels" werden.

Abschlusserteilende Autorität wird an ausländisch gestützte Erziehungsunternehmen vergeben werden. Ausländisch gestützte Telemedizin wird legal werden. Und die Länder werden nicht in der Lage sein, den grenzüberschreitenden Wettbewerb zwischen Niedriglohn-Mitarbeitern im Gesundheits- und Erziehungswesen zu verhindern. Schon jetzt hat die WTO-Dienstleistungsabteilung ein privates Unternehmen angestellt, genannt die Globale Allianz für Transnationale Erziehung, um weltweit Praktiken zu dokumentieren, die "ausländische Erziehungsversorger diskriminieren".

Die Ergebnisse dieser "Studie" werden benutzt werden, um die Länder unter Druck zu setzen, die noch einen öffentlichen Erziehungssektor aufrechterhalten, um diesen zu Gunsten des globalen Marktes aufzugeben. Beunruhigenderweise beinhaltet GATS auch die Autorität über

"Umweltschutzdienstleistungen" und den Schutz natürlicher Ressourcen. Unsere Parks und unsere Tierwelt, unsere Flusssysteme und Wälder werden alle zu Wettbewerbsgebieten, wenn globale transnationale "Umweltschutzdienstleistungs"- Unternehmen das Wettbewerbsmodell für ihr "Management" fordern. Profitthungrige Kinderbetreuungsketten werden in jedes Land eindringen, genauso wie Gefängnis Ketten wie Wackenhut mit seinem Ruf für Gewalt und Missbrauch gegen sowohl Gefangene wie auch Mitarbeiter.

Im wörtlichen Sinne unbegrenzter Zugang müsste ausländischen Versorgern gegeben werden im Bereich kommunaler Verträge für Straßenbau, Kläranlagen, Müllverwertung, Sanitäres, Tourismus und Wasserversorgung.

Einfach ausgedrückt wird das "Gemeinwesen" - oder das was davon noch übrig ist - unter vollen Beschuss geraten, wenn GATS durchgeführt wird. Was bisher Bereiche gemeinsamer Erbschaft waren, wie, Samen und Gene, Luft und Wasser, Kulturelles Erbe, Gesundheits-Versorgung und Erziehung, werden vorgeschlagen, um sie zu Waren zu machen, zu privatisieren, zu verkaufen an den höchsten Bieter auf dem freien Markt. Länder wie Kanada und Frankreich, die ein nationales, frei zugängliches Gesundheitswesen und Erziehungssystem haben und genießen, werden diese verlieren. Länder wie GB und Chile, die einmal allgemeine soziale Programme hatten, oder die USA, die niemals ein öffentliches Gesundheitssystem besaßen, werden in der Zukunft den Zugang zu einem öffentlichen Modell verschlossen finden, genauso Länder wie Indien und Südafrika, die gegenwärtig darum kämpfen, solche Rechte für ihre Bevölkerungen zu sichern.

Das letzte Ende dieser Übung ist vielleicht am besten zusammengefasst durch einen Top-US-WTO-Bevollmächtigten, der unverfroren über den GATS/WTO Prozess sagte: "Er wird nicht zu Ende sein, bevor Ausländer endlich beginnen zu denken wie Amerikaner, zu handeln wie Amerikaner und - am wichtigsten - einzukaufen wie Amerikaner".

Was kann getan werden?

Wenn GATS besiegt werden will, ist wirklich keine Zeit zu verlieren. Die Welt muss aufwachen - und zwar schnell - dafür, was hinter ihrem Rücken getan werden kann. Wir brauchen dringend eine internationale Bewegung der Art, die zusammenkam um das Multilaterale Agreement on Investment (MAI) zu bekämpfen, und weitermachte um die Straßen von Seattle zu schließen. Wir brauchen Forschung zu jedem Aspekt über GATS in jedem Land, und wir müssen das untereinander aufteilen. Wir müssen gemeinsam Fronten in jedem Land aufbauen, in denen Menschen aus allen Hauptbereichen repräsentiert sind - Erzieher und Lehrer, Arbeiter im Gesundheitswesen und Anwälte, Gewerkschaften aus dem Bereich des öffentlichen Sektors, Umweltschützer, Landwirte, Schriftsteller und Künstler, einheimische Menschen und andere. Wir brauchen Solidarität, Zusammenarbeit und Geschwindigkeit. Wir brauchen GATS-freie Zonen an den Universitäten, Hochschulgeländen, Kirchen und lokalen Gemeindezentren. Wir müssen zu unseren lokalen Regierungen gehen und lokale Resolutionen gegen GATS vorlegen. Wir müssen Briefe an unsere Regierungen und lokalen Zeitungen und alternativen Medienveröffentlichungen schreiben.

Einfach gesagt: Wir müssen GATS zu einem Wort machen, das in jedem Haushalt bekannt ist, und zwar nicht als ein schönes. Gegner von GATS und der hinter ihr stehenden Anschauung sollten drei fundamentale Forderungen vertreten. Erstens, wir müssen ein absolutes Stopp der GATS Verhandlungen und der drakonischen Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarung fordern, z.B der Angriff auf die inländischen Regulierungen. Es ist absolut unakzeptabel, dass unsere Regierungen sich hinter verschlossenen Türen treffen, um unserer Rechte zum Wohle ihrer gemeinsamen Freunde zu beschneiden. Das muss sofort gestoppt werden, während wir eine Bilanz ziehen der Situation und diese öffentlich machen.

Im Wesentlichen sollten wir fordern, dass "alles das, was das Gemeinwesen betrifft" überhaupt aus den freien Handelsvereinbarungen herausgenommen wird. (...)

Wir dürfen nicht still an der Seite sitzen und zusehen wie diese Rechte wegverhandelt werden. Die Völker der Welt haben nein gesagt zum MAI. Eine steigende Anzahl von Menschen hat nein gesagt zu den Millenniumsverhandlungen der WTO. Wir müssen nein sagen zu GATS. Und wir müssen gehört werden. Es gibt wirklich keine Alternative.

Der Notwendigkeitstest ist die Mutter der GATS Einmischung

Die Welthandelsorganisation hat Pläne, die aus der Mode gekommene politische Idee der Demokratie zu ersetzen

Sonntag, der 15. April 2001 The Observer

Wirtschaftsminister Dick Caborn sagt jeden Tag "nichts" und das hält ihn sehr, sehr beschäftigt. Caborn ist beschäftigt, der Nation zu versichern, daß nichts in dem vorgeschlagenen "Allgemeinen Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen" (GATS) Großbritanniens Umweltschutzverordnungen gefährdet. Nichts im GATS ermöglicht es amerikanischen Großfirmen, britische Gesundheits- und Sicherheitsverordnungen umzustürzen. Nichts im GATS, welches Teil des Regimes der WTO ist, gefährdet die öffentliche Verwaltung / Kontrolle des Staatlichen Gesundheitsdienstes. Die offiziellen Aussagen über das, was GATS nicht tut, gehen Seiten über Seiten. Deswegen war ich von Caborn und seinem EU-Verbündeten, Pascal Lamy, überrascht, daß sie nach Genf und Washington und Gott weiß wohin noch eilen, um sich über die Formulierung von Regeln auszulassen, die nichts tun, nichts ändern und nichts bedeuten. Aber dann kam letzte Woche "etwas" durch mein Fax-Gerät. Und dieses vertrauliche Dokument vom WTO-Sekretariat, auf den 19. März datiert, ist wirklich etwas: ein Plan zur Errichtung einer internationale Behörde mit einem Vetorecht gegenüber parlamentarischen und regulierenden Entscheidungen. Als Winston Churchill sagte, 'Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind', vermochte er sich einfach nicht vorzustellen, daß im März 2001 die WTO ein System entwerfen würde, welches die Demokratie durch etwas viel Besseres ersetzen würde: Artikel VI.4 des GATS. Und dieses unauffällige sechsseitige Memo, jetzt noch bescheiden im Geheimen versteckt, könnte eines Tages als die post-demokratische Magna Charta angesehen werden. Es beginnt mit dem Aufgreifen des schwierigen Themas, wie man Nationen bestrafe, die 'eine Balance zwischen zwei potentiell gegensätzlichen Prioritäten verletzen: Förderung der Handelsexpansion versus Schutz der Eingriffsrechte der Regierung.' Denkt darüber mal nach! Jahrhundertelang hat sich GB, und heutzutage die meisten Nationen, auf gewählte Parlamente, Kongresse, Ministerpräsidenten und Präsidenten gestützt, um die Regeln zu erlassen. Es sind diese unbeholfen beratenden Institutionen, die die Interessen der Bevölkerung und die der Wirtschaft ausbalancieren. Jetzt gebt diesem veralteten System einen Abschiedskuß! Sobald Großbritannien und die EU das GATS-Abkommen unterschreiben, wird Artikel VI.4 dieses Abkommens, der Notwendigkeitstest, eintreten. Dann werden im Endeffekt, wie durch das geheime Programm des Sekretariats in dem Memo vom 19. März skizziert, nationalstaatliche Parlamente und Regulierungsbehörden zu bloßen ratgebenden Instanzen degradiert werden. Die letzte Entscheidungsbefugnis wird beim "Disputes Panel" (Streit-Kommission) liegen, um zu entscheiden, ob ein Gesetz oder eine Regulierung 'belastender als notwendig' ist, so die Ausdrucksweise des Memos. Eine praktische Anwendung davon wird sein, daß Nationen Gesetze, die die Luft, die ihr atmet, die Züge, mit denen ihr reist und die Nahrung, die ihr kaut, schützen, so verändern werden müssen, daß nicht das Beste oder Sicherste für die Nation, sondern die billigsten Methoden für fremde Kapitalanleger und Händler zählen. Laßt uns zu konkreten Beispielen kommen. Der Necessity Test hat schon einen Testdurchlauf in Nordamerika hinter sich, durch die NAFTA, die Freihandelszone dieser Region. Vor kurzem verbot der Staat Kalifornien einen Benzinzusatzstoff, MBTE, der die Wasserversorgung verschmutzt hatte. Ein kanadischer Verkäufer der 'M'-Chemikalie in MBTE reichte eine Beschwerde ein, in der er meinte, diese Bestimmung verletze den Necessity Test. Die Kanadier behaupteten, daß Kalifornien ganz einfach allen Tankstellen vorschreiben könne, ihre Speichertanks auszugraben und neu zu versiegeln - und einen Schwarm von Inspektoren anheuren könne, um sicherzustellen, daß dies perfekt gemacht werde. Der kanadische Vorschlag würde Kalifornien eine Menge kosten und wäre unmöglich zu überwachen. Das ist echt zu hart. Der kanadische

Vorschlag ist die am wenigsten handelsbeschränkende Methode, um die Wasser-versorgung zu schützen. 'Am wenigsten handelsbeschränkend' ist NAFTA's Necessity Test. Wenn Kalifornien nicht klein bei gibt, könnte es sein, daß das US-Finanzministerium 976 Millionen US-Dollar an Entschädigung für die Kanadier lockermachen muß. Die GATS-Version des Necessity Tests ist NAFTA auf Steroiden. Unter GATS werden, wie im Memo vorgeschlagen, nationale Gesetze und Regulationen niedergeschlagen werden, wenn sie für die Wirtschaft belastender als notwendig sind. Beachtet die feine Veränderung. Plötzlich geht es in dem GATS-Abkommen überhaupt nicht mehr um Handel, sondern es ist ein hinterhältiges Mittel, um Beschränkungen sowohl der fremden als auch der ansässigen Wirtschaft und Industrie wegzuwischen. Der US Handelsvertreter hat schon Vorschläge über den Einzelhandelsvertrieb in Umlauf gebracht. Ihr wollt Großbritanniens Grüngürtel erhalten? Wenn einige Bäume im Weg eines Wal-Mart-Einkaufszentrums stehen, vergeßt es. Selbst unter dem aktuellen, schwächeren GATS wurde Japan gezwungen, seine Planungsregeln zu zerreißen, um diese Monsterkästen (Anm. des Übersetzers: Wal-Mart) hineinzulassen. Die Regierung versichert uns, daß nichts ihr Recht gefährdet, Gesetze um des Gemeinwohls willen zu stärken. Nicht gemäß dem Memo vom 19. März. Die WTO berichtet, daß Wirtschaftsminister während geheimer multinationaler Verhandlungen übereinkamen, daß ein GATS Tribunal keine Verteidigung der 'Sicherstellung des öffentlichen Interesses' akzeptieren würde. Anstelle eines Standards des öffentlichen Interesses schlägt das Sekretariat ein köstlich machiavellistisches "Effizienzprinzip": 'Es könnte für Staaten politisch annehmbarer sein, internationale Verpflichtungen anzunehmen, die wirtschaftlicher Effizienz den Vorrang geben.' Das ist eine unverhüllte Einladung, das GATS mit Bedingungen zu füllen, von denen die Herrschenden wissen, daß ihre demokratischen Parlamente diese anders nicht akzeptieren würden. Das wäre höchst gefährlich, wenn eines Tages die USA einen Präsidenten wählten, der Regeln bezüglich der Luftverschmutzung kaputtmachen wollen würde oder sagen wir, die Briten wählten einen Premierminister, der den verrückten Wunsch hätte, den Rest des Flugverkehrkontrollsystems seiner Nation zu verkaufen. Wie bequem für aufgestellte Chefs der Exekutive. Was gewählte Kongresse und Parlamente sich nicht zu tun getrauen, würde GATS verlangen. Unter dem post-demokratischen GATS-Regime wird das Disputes Panel, diese Großen Inquisitoren des freien Marktes, entscheiden, ob ein nationales Gesetz oder eine Regulierung dem entspricht, was das Memo ein 'rechtmäßiges Ziel' nennt. Während sich Parlamente mit veralteten verfassungsmäßigen Erfordernissen herumschleppen müssen, die Rechtmäßigkeit eines Gesetzes in der Öffentlichkeit zu debattieren (mit öffentlicher Wahrnehmung und der Öffentlichkeit zugänglichen Anhörungen), sind GATS Gremien viel effizienter. Anhörungen sind geschlossen. Gewerkschaften ebenso wie Konsumenten, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sind von der Teilnahme ausgeschlossen - oder sogar davon, zu wissen, was vor dem Gremium gesagt wird. Ist das 19. März - Memo nur eine Träumerei des WTO Sekretariates? Kaum. Die WTO arbeitete auf der Grundlage dieser Vorschläge an noch einem vertraulichen Dokument, das auch durch einen guten Freund an mich gesandt wurde, nicht benennbare Quelle. Das geheime Memo, 'Innerstaatliche Regulation: Notwendigkeit und Transparenz' auf den 24. Februar datiert, wurde von dem eigenen 'Arbeitsausschuß' der Europäischen Kommission (EK) entworfen, in der das britische Ministerium eine führende Rolle spielt. In einem an Abgeordnete gerichteten Brief, schwört Wirtschaftsminister Caborn, daß er durch den Arbeitsausschuß sicherstellen wird, daß GATS das souveräne Recht der Regierung anerkennt, Dienstleistungen zu regulieren, um nationale Politikziele zu erreichen. Dennoch lehnt das Memo vom 24. Februar, welches die offiziellen (wenn auch versteckten) britischen Vorschläge repräsentiert, das Recht eines Staates ab, seine Regeln außerhalb der GATS - Gerichtsbarkeit zu belassen, sobald eine Dienstleistungsindustrie erstmal dem Vertrag beigetreten ist. Tatsächlich enthält das Dokument der Europäischen Kommission verächtliche Attacken auf Nationen, die berechnete Ziele fordern, indem es sie als mögliche 'versteckte Barrieren' für Handelsliberalisierung bezeichnet. Mehr noch, es gibt einen Zusatz, daß Regulierung nicht 'mehr handelsbeschränkend als notwendig' sein darf. Nicht wissend, daß ich diese Dokumente in der Hand hatte, fuhr Caborn's Büro diese Woche fort zu behaupten, daß GATS Nationen ein Recht zugestehe, zu regulieren, um nationale Politikziele zu erreichen. Mir wurde nicht erlaubt, den Wirtschaftsminister selbst zu befragen. Wie auch immer, der Brief Caborns an die Abgeordneten gibt zu, daß seine angenehme Interpretation von GATS nicht von den WTO-

Juristen bestätigt worden ist. Das ist der Minister, der mit seinen EU-Kollegen gerade eben einen 194 Millionen US-Dollar - Rechtsstreit gegenüber der USA wegen dem Verkauf von Bananen verloren hat. Jetzt verstehe ich, wie Caborn das vermasselt hat. Europa argumentierte, Bananen seien ein Produkt, aber die USA bewiesen erfolgreich, daß Bananen eine Dienstleistung seien - versucht nicht darüber nachzudenken - und deshalb unter das GATS fallen würden. Und das illustriert das Hauptthema. Niemand in Großbritannien sollte sich mit dem befassen, was Caborn denkt. Das einzige, was zählt, ist, was George W. Bush denkt. Oder zumindest was die Leute, die für Bush denken, denken. Vermutlich wird Caborn GB nicht wegen Verletzung des Vertrages verklagen. Aber die USA könnten. Auf eine Art haben sie es schon getan. Vergißt Caborns Versicherungen - wir brauchen eine Versicherung von Bush, daß er GATS nicht benutzen wird, um Wal-Mart oder Citibank oder Chevron Oil zu helfen. Das merkwürdige ist, daß, obwohl sie in dem Bananen-Fall bedient worden sind, Caborn und die Blair-Regierung keine ausdrückliche Formulierung verlangt haben, die "Handel-zuerst"-Entscheidungen durch ein GATS Gremium verhindern. Statt dessen ermutigt das geheime Papier der EK vom 14. Februar das WTO-Sekretariat, die strafende Form des Notwendigkeitstestes, die von der USA angestrebt wird, zu benutzen. So, da habt ihr es. Anstatt die Regeln, mit denen Amerika Europa schlug, zu attackieren, geben Caborn und die Europäische Kommission George Bush effektiv eine größere Peitsche.

www.g8-illegal.org

Globalisierung als Strategie

Transnationale Konzerne und internationale Arbeitsteilung
von Heiko Wegmann (BUKO)

Transnationale Konzerne gehören zu den wichtigsten Akteuren der Globalisierung. Dies beruht nicht nur auf ihrem bloßen Wachstum, sondern auch auf den Strukturveränderungen der Konzerne und ihrer Strategien. Der Weltmarkt ist in diesem Prozess zum Maß aller Dinge geworden. Die sozialen Folgen der modernen internationalen Arbeitsteilung spielen hingegen in den Wettbewerbskalkülen der Konzerne keine Rolle.

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gab es eine relative Hochphase des Welthandels, die aber durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise 1929 wieder beendet wurde. Mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des Welthandelsabkommen GATT kam es zu einer langsamen, aber dauerhaften Wiederbelebung. Im Jahre 1980 wurde ein bis dahin einmaliger Grad der Welthandelsintegration erreicht, der seitdem noch gesteigert wurde. Bei den internationalen Direktinvestitionen ist seit Mitte der Achtziger Jahre ein steiler Anstieg zu beobachten. Noch rasanter verlief ebenfalls ab Mitte der Achtziger die Steigerung beim internationalen Handel mit Devisen, Anleihen, Aktien und Derivaten. Insofern kann in der Tat von einer neuen Qualität der Globalisierung gesprochen werden.

Die Globalisierung ist vor dem Hintergrund der binnen- und weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen Ende der 60er/Mitte der 70er Jahre zu sehen, die auch als Krise des Fordismus bezeichnet werden. Dazu gehörten Sättigungen auf den Märkten für standardisierte Massengüter bei gleichzeitig zunehmender internationaler Konkurrenz, Wachstumsschwankungen, zurückbleibende Investitionen, große Streikwellen, Grenzen der Produktivitätssteigerungen aufgrund der Arbeitsorganisation in der Massenproduktion sowie weltwirtschaftliche Turbulenzen wie die Krise des Dollars als Weltgeld und die Ölkrise. Erwerbslosigkeit und staatliche Verschuldung sind in vielen Ländern stark angestiegen. Diese Situation gab der Verbreitung neoliberaler Positionen Auftrieb, die zur Aufkündigung der sozialstaatlichen Klassenkompromisse führte. Die Abkehr vom Keynesianismus und Hinwendung zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ab Anfang der 80er Jahre drückte sich in der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, der Privatisierung staatlicher Unternehmen und der Liberalisierung des grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalverkehrs aus. Das Kapital sollte sich wieder frei entfalten können und Investitionen auf diese Weise neuen Schwung bekommen. Unter dem Motto "Umbau des zu teuren und ineffizienten Sozialstaats" wurde dessen Abbau betrieben.

Die Förderung der "Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Standortkonkurrenz" lief auf den Versuch einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme auf Kosten anderer Staaten hinaus. Globalisierung ist als politische und einzelwirtschaftliche Krisenstrategie zu sehen.

Im folgenden geht es exemplarisch um die Veränderungen in den Strategien und Strukturen der Transnationalen Konzerne (englisch: TNC, Unternehmen mit einer Niederlassung in mindestens zwei Ländern) als ein Teilaspekt der Globalisierung. Auf dieser Ebene bildeten sich verschiedene Strategien zur Wiederherstellung profitabler Kapitalverwertungsbedingungen heraus. Sie zielten insbesondere auf die Flexibilisierung der Arbeit und die strukturelle Senkung der Kosten der Arbeitskraft sowie die Schaffung neuer und Eroberung bestehender Märkte im internationalen Maßstab.

Vom Multi zum TNC

Die Zahl der in den fünfzehn größten Industrieländern beheimateten TNCs hat sich nach Angaben der UN-Organisation für Handel und Entwicklung UNCTAD zwischen 1970 und 1990 von etwa 7.000 auf 24.000 mehr als verdreifacht. 1997 betrug die Anzahl bereits über 44.000 mit über 280.000 Tochtergesellschaften. Die TNCs wickeln etwa ein Drittel des Welthandels konzernintern und ein weiteres Drittel mit anderen Unternehmen ab. Sie sind die entscheidenden Akteure des ökonomisch-technologischen Strukturwandels und der Verbreitung arbeitsorganisatorischer Konzepte. Die Hälfte aller in den Industrieländern beheimateten TNCs kommt allein aus den USA, Großbritannien, Japan, Frankreich und der BRD.

Auch die Ziele ihrer Investitionen befinden sich hauptsächlich in den USA, der EU und Japan, wobei in den 90er Jahren auch einzelne "Entwicklungsländer" wie z.B. China größere Summen anziehen konnten. Innerhalb der Gruppe der TNCs besteht eine erhebliche Konzentration der Anlagewerte, des Umsatzes und der Beschäftigung. So kontrollieren die hundert größten TNCs etwa ein Fünftel des Kapitalstocks aller TNCs. In der Automobilbranche kommen die fünf größten TNCs auf knapp 60% des weltweiten Umsatzes. Der Weltmarkt wird für Konzerne immer mehr zum entscheidenden Bezugspunkt. Den veränderten Strategien, Möglichkeiten und Zwängen der Konzerne entsprechen neue Typen von Konzernen. Dabei können mehrere Phasen der organisatorischen Entwicklung unterschieden werden. Am Anfang des Jahrhunderts beschäftigten sich international agierende Unternehmen noch vorrangig mit der Ausbeutung von Rohstoffen und der Ausweitung des Absatzes durch Export und die Gründung von Handelshäusern. Das eigentliche Ziel blieb dabei die Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen Markt.

In einer bald einsetzenden zweiten Phase gewannen die fremden Märkte an eigener Bedeutung, und die Produktion wurde auch dort aufgenommen. Dies geschah entweder, um Handelsprotektionismus zu umgehen, oder später auch, um an den regionalen Markt angepasste Produkte herzustellen. Im Modell der Multis spielten die Verbindungen zwischen den in verschiedenen Ländern agierenden Schwestergesellschaften keine große Rolle. Die Unternehmensführung konzentrierte sich darauf, ihre fernen Tochtergesellschaften mit Ressourcen und Know How zu versorgen.

Seit Anfang der achtziger Jahre ist ein markanter Trendwandel in den Internationalisierungsstrategien vieler multinationaler Konzerne sichtbar. Charakteristisch dafür ist erstens die Umorientierung von der Durchdringung einzelner Märkte hin zur Eroberung einer führenden Position auf dem Weltmarkt. Gerade in den High-Tech-Branchen mit extrem hohem Forschungsaufwand läßt das Verhältnis von Kosten und weltweiten Absatzmöglichkeiten nach Ansicht der Konzernchefs nur noch wenigen Anbietern Platz. Zum zweiten wird das wenig verbundene Multi-Modell von der Integration in Netzwerken abgelöst. Angesichts der neuen technologischen und durch Wirtschaftspolitik eröffneten Möglichkeiten entstehen neue Konzernstrukturen, die zwei Strategien miteinander verbinden (wobei auch Konzerne der alten Typen weiterbestehen): eine globale und eine transnationale.

Bei der "globalen Strategie" setzt die zentrale Unternehmensführung auf Produkte mit hohen Massenproduktionsvorteilen. Die Kostensenkung wird durch das Ausweichen auf weltweit verstreute Produktionsstandorte mit spezifischen Vorteilen erreicht, die in Zulieferketten miteinander verbunden werden (global sourcing). Die Entscheidungsstrukturen bleiben stark hierarchisch und unflexibel. Die Produktionsstätten werden nach einheitlichen Vorbildern gestaltet. Forschung und Entwicklung sowie Finanzierung bleiben zentralisiert und der Konzernleitung direkt untergeordnet.

Globale Ausbeutung in Weltmarktfabriken

Teil dieser weltweiten Beschaffung im Rahmen der globalen Strategie sind insbesondere die Weltmarktfabriken in den Sonderwirtschaftszonen der Dritten Welt - die sogenannte Maquiladora-Industrie. Dort werden nur sehr spezielle Teilfertigungen vorgenommen, deren Vorprodukte weitgehend importiert, dort verarbeitet und anschließend wieder in die Industrieländer reexportiert werden. Sie tragen kaum zum Technologietransfer bei und sind nur aufgrund extrem niedriger Löhne und Umweltstandards rentabel. Die lokalen Märkte spielen für Absatz und Beschaffung meistens kaum eine Rolle. Das Kapital und die Gewinne kommen aus dem Ausland und fließen dorthin zurück.

Auf dieser Basis können sich keine komplexen Industriestrukturen bilden und ein selbsttragendes Wachstum fördern; die lokale Ökonomie bleibt vollständig auf Investitionsgüterimporte angewiesen. Die schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne resultieren unter anderem daraus, daß die TNCs ein nahezu unerschöpfliches Arbeitskräftepotential ausbeuten können, dem keine besseren Arbeitsalternativen zur Verfügung stehen. Dies ist vor allem eine Folge der kolonialen Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, der Ausdehnung des Großgrundbesitzes und der monokulturellen Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export.

Diese Prozesse führten zur Landflucht und der Verarmung breiter Bevölkerungsteile. Die weitgehende Fragmentierung der Arbeitsprozesse im Taylorismus ermöglichte in Verbindung mit drastisch sinkenden Transportkosten die Auslagerung arbeitsintensiver und einfacher Tätigkeiten. Für die monotonen, repetitiven Tätigkeiten werden bevorzugt junge, unverheiratete und kinderlose Frauen eingestellt. Aufgrund der extrem langen Arbeitszeiten, kurzen Pausen und niedrigen Schutzstandards ist die Fluktuation in den Belegschaften sehr hoch.

Gewerkschaften werden nur selten geduldet. Bildet sich dennoch eine kämpferische ArbeiterInnenschaft, so wird die Fabrik demontiert und an einem "besseren" Standort wieder aufgebaut. Diese Auslagerungstendenzen sind zwar nichts aktuell neues, können aber dennoch als Teil des sich stufenweise entwickelnden Prozesses gesehen werden und spielen eine Rolle bei der globalen Strategie. Im Segment der "Routinearbeit" ist das Kapital sehr mobil geworden, und die Arbeitskräfte der Industrie- und Entwicklungsländer können effektiv gegeneinander ausgespielt werden.

Allerdings begrenzen Strategien der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in den Industrieländern, Vorteile der Nähe zu den Absatzmärkten sowie Fortschritte bei der kapitalintensiven Automation die Auslagerungstendenzen in ihrem Ausmaß. Eine Verknüpfung der globalen Kostenstrategie mit Vorteilen flexibler Vernetzung kann so aussehen, daß z.B. Automobilkonzerne für großvolumige und teure Bauteile auf regionale Zulieferer in Hochlohnländern zurückgreifen und so - just in time - hohe Lagerkosten und Kapitalbindung vermeiden. Kleinere und standardisierbare Bauteile werden hingegen von Zulieferern in peripheren Niedriglohnländern bezogen.

Transnationale Netzwerke

Die transnationale Strategie steht teils in Konkurrenz, teils in Verbindung mit der globalen Strategie. Sie ergibt sich aus den widersprüchlichen Anforderungen des Weltmarkts, einerseits Kostenvorteile weltweit verstreuter Produktionsstandorte zu nutzen und andererseits Innovations- und Flexibilitätspotentiale dezentralisierter Konzernstrukturen auszuschöpfen, die sich besser an wichtige regionale Besonderheiten wie Konsumgewohnheiten, gesetzliche Vorschriften, Arbeitsmärkte und Verfügbarkeit von Technologie anpassen können. Im Gegensatz zur alten multinationalen Strategie wird angestrebt, Vorteile durch netzwerkförmige Abstimmungsprozesse und Kooperationen der dezentralisierten und regionalisierten Betriebseinheiten zu erzielen. Dabei geht es z.B. auch um den Austausch über Forschungsergebnisse oder Kompetenzen, sowie Erfahrungen mit unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten und Formen der Arbeitsorganisation.

Häufig ist bei Netzwerken die Rede vom Abbau von Hierarchien sowie vom Wiederaufleben von Kreativität und Innovationsgeist. Konkurrenz werde durch Kooperation ersetzt. Tatsächlich wurden international agierende Konzerne vor Steuerungsprobleme gestellt. Der hohen Komplexität der eigenen Organisation und Märkte wurde bei einigen TNCs mit dem teilweisen Abbau bürokratisch-zentralistischer Strukturen begegnet.

Es ist jedoch nur von einem Formwandel der Kontrolle auszugehen: Die Erhöhung der Entscheidungsautonomie auf unteren Ebenen kann durchaus mit verschärfter zentraler Kontrolle einhergehen. Die Informatisierung von Produktion und Verwaltung ermöglicht es der Zentrale, die Produktivität einzelner Betriebe stets aktuell zu vergleichen und in Vorgaben umzusetzen. Die Möglichkeiten moderner Datenerhebung setzt die Belegschaften in verschiedenen Ländern, selbst in

Bezug auf einzelne Komponenten, in direkte Konkurrenz. "Best practices" werden systematisch erfaßt und als Standard für alle Einheiten vorgegeben.

Darüber hinaus wird versucht, die Kontrolle in die Köpfe der ArbeiterInnen selbst zu verlagern durch deren Aneignung unternehmerischer Denkweisen und der Identifikation mit dem Betrieb (corporate identity). Die Dezentralisierung kann auch häufig die Form der Ausgliederung von Firmenteilen annehmen, die dann formal selbständig Zulieferfunktionen übernehmen, aber real meist völlig abhängig bleiben. Die Zersplitterung des Konzerns in räumlich verstreute, formal selbständige Unternehmen erschwert die gewerkschaftliche Interessenvertretung und untergräbt die Solidarität der Beschäftigten. Dies gilt insbesondere bei transnationaler Integration bzw. Aufgliederung. Im Unterschied zur reinen Auslagerung zwecks Kostenminimierung geht es in transnationalen Netzwerken auch um den Zugang zum Know How anderer Länder. Um strategisch wichtige Kompetenzen in die TNCs einzugliedern oder schnell in einem anderen Markt präsent zu sein, greifen sie in immer stärkerem Maße auf die Instrumente der grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen zurück. Sie machen heute vier Fünftel der ausländischen Direktinvestitionen aus. In Verbindung mit den fusionsbedingten Rationalisierungen wird in der Regel ein massiver Arbeitsplatzabbau betrieben.

Vernetzung gibt es auch in Form von strategischen Allianzen zwischen TNCs. Sie dienen den Konkurrenten entweder dazu, durch punktuelle Kooperation Projekte zu bewältigen, die ihre eigenen organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten übersteigen würden. Oder zur Erschließung neuer Märkte: Mit strategischen Allianzen werden die Risiken geteilt und vermindert. Der erste Fall ist im Bereich der Forschung und Entwicklung gegeben, der immer kapitalintensiver wird. Der zweite Fall bezieht sich z.B. auf gemeinsame Vertriebssysteme.

Gleicher Tausch, ungleiche Ausgangsbedingungen

Durch Handel, Geld und Investitionen werden Gesellschaften miteinander in Beziehung gesetzt, die sich in vielerlei Hinsicht unterscheiden. Die verschiedenen Produktionsbedingungen der Waren lösen sich beim monetären Vergleich auf dem Markt scheinbar in Nichts auf. Dieses Prinzip gilt zwar genauso auch beim Warentausch innerhalb der einzelnen Staaten, doch existieren in ihnen gewisse soziale bzw. regulative Ausgleichsmechanismen, die eine relative Vergleichbarkeit der Arbeitsbedingungen zur Folge haben.

Anders auf dem Weltmarkt: dort konkurrieren Menschen, Unternehmen und ganze Regionen, die von den unterschiedlichsten Ausgangslagen in Bezug auf technologisches Know-how, Eigenkapital, Infrastruktur, Lohnniveau, soziale Rechte und Kultur ausgehen. Für die in der Konkurrenz aufgrund niedrigerer Produktivität oder minderer Machtressourcen Unterlegenen gibt es nur die Alternative von Anpassung oder Abstieg. Die jeweils produktivste oder mächtigste Kapitalfraktion setzt die Standards, die Konkurrenten reagieren entweder durch Rationalisierungen oder Lohnsenkungen. Dabei existieren aber durchaus unterschiedliche Anpassungszwänge für die Länder im Norden und Süden. Auch innerhalb der Gruppe der "Entwicklungs-" und der "Schwellenländer" gibt es u.a. aufgrund der Größe der Länder keine einheitlichen Bedingungen. Anpassung wird in der herrschenden Ökonomie als die Steigerung der Effizienz oder Produktivität und damit der allgemeinen Wohlfahrt (die Senkung der Produktionskosten kommt angeblich allen NachfragerInnen zugute) verstanden, der Abstieg als Strukturwandel (die Massen der Arbeitslosen und Ausgegrenzten müßten demnach Beschäftigung in den Zukunftsbranchen finden). Wer die Lasten von Anpassung und Abstieg zu tragen hat und welche soziale Kosten aus der mikroökonomischen Logik der Kostensenkung erwachsen, wird systematisch ausgeklammert.

Als Beispiel mögen die steigende Umweltverschmutzung aufgrund des wachsenden Warenverkehrs rund um die Welt dienen oder die an Zwangsarbeit grenzenden Arbeitsbedingungen in großen Teilen der Sonderwirtschaftszonen, der Maquiladora-Industrie. Bleibt für die "Entwicklungsländer" häufig nur die Variante "Abstieg" übrig, so ist die "Globalisierung" auch für die Industrieländer nicht folgenlos. Die Konzernstrategien zielen auch dort auf eine nachhaltige soziale Kräfteverschiebung zuungunsten der ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten, sowohl in der Produktion als auch innerhalb des Staates. In der Folge öffnet sich die Einkommensschere, Sozialleistungen werden abgebaut und Sozialmißbrauchsdebatten eröffnet.

Tobinsteuer: Wie kann die Macht des Finanzkapitals gebrochen werden?

von Thomas Walter

Das Chaos

1997 und 1998 stand die Weltwirtschaft am Abgrund. Gewaltige Kapitalfluchtbewegungen aus den ostasiatischen Tigerstaaten, die gerade noch als Musterländer der Marktwirtschaft gelobt worden waren, ließen die Währungen dieser Länder abstürzen, ganze Jahrzehnte der Entwicklung wurden ausradiert, große Teile der Bevölkerung in Armut gestürzt. Die internationalen staatlichen Einrichtungen, wie der internationale Währungsfonds IWF, waren hilflos. Bis zuletzt hatten sie die Gefahr nicht erkannt oder nicht erkennen wollen. Ihre Lösung bestand dann in harten Sparprogrammen gegen die Bevölkerung. Das internationale Kapital, das die Investitionsruinen finanziert hatte, kam vergleichsweise ungeschoren davon. Dies war weder die erste noch die letzte Krise dieser Art.

Vielen Menschen wurde mit der Ostasienkrise die globale Bedeutung des Finanzkapitals so richtig bewusst. Der Traum vom "Volkskapitalismus" auf der Grundlage scheinbar unaufhaltsam steigender Aktienkurse war erschüttert (und ist inzwischen angesichts gesunkener Kurse ausgeträumt). Die "Finanzmärkte" standen am Pranger, "Marktversagen" wurde zum Schlachtruf. Die Menschen sind nicht mehr bereit, die Steuerung der Wirtschaft den Kapitalisten und ihren supranationalen staatlichen Institutionen zu überlassen.

Der Widerstand

Angesichts des Chaos auf den Weltmärkten, angesichts der sich vertiefenden Stagnationskrise in den großen kapitalistischen Staaten, der offensichtlichen Unfähigkeit der Regierungen die Probleme anzugehen, bildete sich Widerstand. Die Menschen wollten die Märkte nicht länger mehr als unangreifbare Naturgewalten hinnehmen.

Im Juni 1998 wurde Attac in Frankreich gegründet. "Entwaffnet die Märkte!" war eines der ersten Mottos, es stammte von der Zeitung "Le Monde Diplomatique". Es folgten "Die Welt ist keine Ware" und "Eine andere Welt ist möglich". Selbst im bürgerlichen Bewusstsein zeigten sich Risse oder man sah sich gezwungen, auf die Bewegung einzugehen. November 1998 meinte US-Präsident Clinton: "Die Wurzel des Problems liegt schon in dem Volumen und der Geschwindigkeit der Geldbewegungen - täglich 1,5 Bio. \$ internationale Devisentransaktionen - weit, weit mehr als das Gesamtvolumen, das an Gütern und Dienstleistungen an einem Tag gehandelt wird." Auch von Christlich-Demokratischen Arbeitnehmern kommt Protest: "An den Börsen werden täglich weltweit über 1,5 Billionen Dollar umgesetzt. Wohlstand für alle? Nein: Denn 90 Prozent sind Spekulationsmasse, nur 10 Prozent gehen in die Produktion. Das ist Turbo- oder Kasinokapitalismus."

Für die Herrschenden war der Widerstand der Menschen eine böse Überraschung. Mit dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus der Sowjetunion schien das Ende der Geschichte erreicht, es schien keine Alternative mehr zum Kapitalismus zu geben. Die Herrschenden waren der Meinung, sie könnten in Ruhe im Rahmen einer "neuen Weltordnung" die Probleme des Weltkapitalismus auf die ArbeiterInnen, auf die Bevölkerung abwälzen. Doch wo immer sich die internationalen Organisationen treffen, der Internationale Währungsfonds IWF, die Welthandelsorganisation WTO, die Weltbank, das World Economic Forum WEF, die Regierungen der sieben oder acht großen kapitalistischen Staaten G7 oder G8, die Europäische Union EU, ob in Seattle, Davos, Nizza, Göteborg oder Genua, oder jetzt im Dezember in Brüssel, der Protest reißt mit ihnen. Neben diesen Protesten leisten ArbeiterInnen Widerstand, etwa in Argentinien gegen die Sparbeschlüsse des IWF, oder in Europa, etwa bei den Streiks gegen die Fluglinien.

Die Forderungen

Attac, eines der Sprachrohre des Protestes und inzwischen ein breites Bündnis, das von kirchlichen bis zu sozialistischen Gruppen (einschließlich Linksruck) und vom Bischoff bis zum marxistischen Professor reicht, stellt folgende Forderungen:

Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobinsteuer).
Die Schließung der Steuerparadiese und "Off-Shore-Zentren" [steuerfreie Inseln im Ozean].
Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds).
Das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen "Hedge-Funds" [eigentlich "Schutzhecken"-Fonds oder Risikofonds].
Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer.
Strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger [Banken, Versicherungen, Investmentfonds, Pensionsfonds].
Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen.
Die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen. Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

Angeführt werden die Forderungen von der Tobinsteuer. Was soll damit erreicht werden? "Wir betrachten die Tobin-Steuer als Einstieg in die Regulierung der Finanzmärkte. Sie würde Sand ins Getriebe der internationalen Spekulation streuen. Der Widerstand der großen Geldbesitzer, die an unregulierten Märkten verdienen, verhindert bisher die Einführung einer solchen Steuer. Viele Fachleute, aber auch Politiker, Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen befürworten die Steuer. Wir wollen auch in der Bundesrepublik dafür den Druck von unten verstärken." So die Erklärung von Attac. Zusammen mit Attac und anderen Organisationen unterstützt auch die Gewerkschaft ver.di die Tobinsteuer. Der Vorsitzende Frank Bsirske erläutert: "Unter unseren Mitgliedern herrscht breites Unbehagen gegenüber globalen Entwicklungen, die sich der Steuerung durch die Politik entziehen."

Die Tobinsteuer soll durch Besteuerung der internationalen Devisentransaktionen die Wechselkurse stabilisieren und kurzfristige Spekulation unterbinden. Jeder Devisentausch wird mit einer geringfügigen Steuer belegt. Dadurch werden alle Devisengeschäfte, die auf geringfügige Kursdifferenzen abzielen, insbesondere kurzfristige Spekulationen, unrentabel. Sie werden nicht mehr durchgeführt, es kehrt mehr Ruhe in das internationale Finanzgeschäft ein.

Als Nebenwirkung könnte die Tobinsteuer zu beachtlichen Einnahmen führen. Huffschmid gibt bei einem Steuersatz von 1 % 340 Mrd. \$ als Einnahmen an, die der Entwicklungshilfe dienen sollen. Andere erwarten bei einem Steuersatz von 0,1 % rund 150 Mrd. \$, davon sollten rund 30 Mrd. \$ in die Entwicklungshilfe. Attac schließlich erwartet von 0,1 % 250 Mrd. \$ Einnahmen, womit wenigstens die schlimmsten Weltumweltprobleme beseitigt werden könnten.

Gegen die Privatisierung der Rentenversicherung wird gekämpft und dagegen, dass die Altersvorsorge der Arbeitnehmer ausgerechnet jenen Märkten anvertraut werden soll, die laufend verrückt spielen. Bei der Pesokrise 1995 z. B. konnte nur das massive Eingreifen des IWF zugunsten der US-amerikanischen Pensionsfonds verhindern, dass die Sozialbeiträge der US-ArbeiterInnen, die sie für ihre Altersvorsorge eingezahlt hatten, einem Finanzkrach zum Opfer fielen.

Es geht also Attac nicht darum, nur einzelne Mißstände anzugreifen. Vielmehr stehen die Übel des (neoliberalen) Kapitalismus alle in einem Zusammenhang, die auch insgesamt angegangen werden müssen.

Die Umsetzung

Wie können diese Forderungen durchgesetzt werden? Auf der Linken fragen manche Zweifler, ob die Forderungen etwa von Attac überhaupt durchgesetzt werden sollen. Sie bezweifeln, dass diese Forderungen tatsächlich ein Mittel gegen Krisen, Sozialabbau, Umweltschädigung, Armut usw. sind. Handelt es sich nicht um reformistische Forderungen, die nur innerhalb des Kapitalismus einige Verbesserungen erreichen wollen, den Kapitalismus aber selbst, obwohl der doch die Ursache aller Übel ist, nicht in Frage stellen?

Allgemein liegt die Bedeutung von Kämpfen um Teilziele darin: Im Kapitalismus liegt die Macht bei den

Herrschenden, insbesondere werden die Medien vom Kapital kontrolliert. Die Menschen kämpfen deshalb naturgemäß zunächst immer gegen besonders auffällige Mißstände im Kapitalismus, wie niedrige Löhne, Sozialabbau, Ungerechtigkeit auf der Welt, Zerstörung der Umwelt. Die ArbeiterInnen lernen aber aus diesen Kämpfen. Sie lernen ihre eigene Stärke kennen und entwickeln, sie lernen, wie Kapitalismus funktioniert, wie ein Übel mit dem anderen zusammenhängt. Wir lernen uns so zu organisieren, wir lernen die Natur des Staates kennen, etwa wenn die Polizei die friedlichen Demonstranten angreift, wir lernen die Lügen der Medien kennen. Schließlich verweisen Gewerkschafter, die sich naturgemäß laufend mit der Frage um Reformen auseinandersetzen müssen, auf Marx zu gewerkschaftlichen Kämpfen:

... besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruinierter armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebenen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen. Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. ... Statt des konservativen Mottos: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!, sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: Nieder mit dem Lohnsystem!'. [Gewerkschaften] verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.

Der marxistische Wirtschaftswissenschaftler Henryk Grossmann stellt in ähnlicher weltwirtschaftlicher Lage wie heute kurz vor dem offenen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 angesichts der damaligen Überakkumulation die Bedeutung der Kämpfe um Reformen so dar:

"....; erst jetzt wird uns verständlich, warum auf den hohen Stufen der Kapitalakkumulation jede ernstere Lohnerhöhung immer mehr auf steigende Schwierigkeiten stößt, warum jeder große ökonomische Kampf sich notwendig in eine Existenzfrage des Kapitalismus, also in eine politische Machtfrage verwandelt. ... Der Kampf der Arbeiterklasse um die Forderungen des Alltags verbindet sich so mit ihrem Kampf um das Endziel. Das Endziel, um welches die Arbeiterklasse ringt, ist somit nicht ein auf spekulativem Wege, von außen' in die Arbeiterbewegung hereingebrachtes Ideal, dessen Verwirklichung unabhängig von den Kämpfen der Gegenwart der fernerer Zukunft vorgehalten ist, sondern es ist, wie das hier vorgetragene Zusammenbruchsgesetz zeigt, das Resultat, das sich aus den unmittelbaren Klassenkämpfen des Alltags ergibt und durch diese Kämpfe eine beschleunigte Realisation findet."

Das Kapital fürchtet reformistische Kämpfe also aus zwei Gründen. Einmal, weil sie das Bewußtsein der ArbeiterInnen ändern und so in einen revolutionären Kampf münden können. Die von Attac vorgebrachten Forderungen stellen bereits einen Bruch dar mit der herrschenden Weltanschauung, die zur Marktwirtschaft keine Alternative mehr sieht: "Eine andere Welt ist möglich!" Der andere von Grossmann deutlich gemachte Grund ist die sich verschärfende Krise, die Reformen immer schwieriger macht. Schon "harmlose" Forderungen stellen inzwischen den Kapitalismus in Frage. Deshalb gibt es Widerstand von bürgerlicher Seite. Der Wirtschaftsdienst vom Hamburger Institut HWWA wettert gegen das "Irrlicht Tobin-Steuer". Der arbeitgebenahe iw -Dienst spricht von einem "Teil

aus der Mottenkiste". Aus all diesen Gründen unterstützt Linksruck die Forderung nach einer Tobinsteuer.

Wie können diese Forderungen aber gegen einen krisengeschwächten und deshalb aggressiven und empfindlichen Kapitalismus durchgesetzt werden? Wir brauchen angesichts des Widerstands der Herrschenden eine Massenbewegung. Nur so kann Druck auf Institutionen, Parteien, Parlamente ausgeübt werden. Rot-Grün hat bewiesen, dass dem Vertrauen auf das Parlament enge Grenzen gesetzt sind. Die Gründung von Attac selbst zeugt von einem gesunden Misstrauen gegen die Macht der Parlamente. Neben der Mobilisierung von Massen und massenhaften Demonstrationen wird die Mobilisierung in die Betriebe hineingebracht werden müssen. Wenn sich die Grünen, der Bundeskanzler und die EU-Kommission inzwischen mit der Tobinsteuer befassen, dann ist dies dem Druck der breiten Bewegung zu verdanken und zeigt, dass so etwas erreicht werden kann. Dabei löst die Bewegung auch Debatten aus um die Bedeutung von Reform und Revolution. Welche Rolle kann die Tobinsteuer gegen Finanzkrisen spielen? Wie sieht Marx die Krisen? Was ist Finanzkapital und Spekulation? Wie funktioniert der Kapitalismus?

Die Krise im Kapitalismus nach Marx

Im kapitalistischen Konkurrenzkampf wird erreicht, dass immer mehr je Arbeitsplatz produziert wird, auf der anderen Seite wird aber ein Arbeitsplatz immer teurer. Er muss mit immer teureren Maschinen ausgestattet sein, damit die Arbeitskraft darauf immer mehr produzieren kann. Nach Marx wird aber der Wert dieser vielen Produkte gar nicht größer, weil es für die Wertbestimmung auf die Arbeitszeit ankommt, die im kapitalistischen Durchschnitt zur Herstellung der Produkte notwendig ist. Das Verhältnis des Werts der Produktion, der sich nach der gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeit bemisst, zum Wert der im Laufe der Zeit aufgetürmten Produktionsmaschinerie verschlechtert sich tendenziell. Dies ist das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Dabei sinkt die Profitrate für die Unternehmen, die die allerneuesten und allerteuersten Maschinen einsetzen, noch am wenigsten. Es ist also aus der Sicht des einzelnen Kapitalisten durchaus vernünftig, wenn er immer teurere Maschinen je Arbeitsplatz einsetzt, auch wenn der Kapitalismus insgesamt dadurch in Schwierigkeiten gerät. So kommt es zu immer tieferen Überinvestitionskrisen. Investitionen sind häufig nur noch profitabel, wenn andere Kapitale aus dem Markt gedrängt werden. Sonst erweisen diese Investitionen sich selbst als Investitionsruinen. Kein Wunder, dass der Kampf zwischen den Kapitalisten und zwischen den kapitalistischen Staaten immer härter wird. Durch Vernichtung von Kapital in den verschiedenen Krisen bekommt der Kapitalismus wieder etwas Luft, gleichzeitig nimmt aber die Kapitalkonzentration (die Großen fressen die Kleinen) dadurch laufend zu, was sich lähmend auf den Kapitalismus auswirkt.

Dieser Profitratenfall wurde nach einer "Pause" von Weltwirtschaftskrise bis zum atomaren Wettrüsten Mitte der 60er Jahre wieder deutlich. Seit den 60er Jahren sinken die Profitraten weltweit. Die USA wollten deshalb durch das Drucken von Geld die Wirtschaft ankurbeln. Die gedruckten Dollarnoten mussten von den anderen Ländern gekauft werden, da sie nach dem System von Bretton Woods, das noch während des zweiten Weltkrieges unter Führung der USA gegründet worden war, verpflichtet waren, die festen Wechselkurse zum Dollar zu verteidigen. Damals begannen die Außenhandelsdefizite, die die USA einfach mit gedruckten Dollars bezahlten. Die "Verbündeten" finanzierten damit die US-Handelsdefizite und die US-Staatsausgaben mit. In den Tresoren der Zentralbanken der anderen Länder sammelten sich mehr und mehr an sich nutzlose Dollarscheine. Eigentlich war die USA verpflichtet, diese Dollar auf Verlangen gegen Gold zu einem festgelegten Preis einzutauschen. Doch bald war klar, dass alles Gold im Fort Knox dafür nicht mehr reichte. Die Spekulation gegen den Dollar begann. 1971 hob der US-Präsident Nixon die Golddeckung des Dollars einfach auf. Da die Konkurrenzstaaten der USA selbst mit der Krisentendenz zu kämpfen hatten, waren sie nicht mehr willig oder fähig, weiterhin den vorgeschriebenen Dollarkurs zu verteidigen und dabei US-Handelsdefizite und staatliche US-Ausgaben zu finanzieren (z. B. den damaligen Vietnamkrieg). 1973 brach das System fester Wechselkurse von Bretton Woods nach mehreren spekulativen Angriffen auf den Dollar endgültig zusammen. Die jetzt "befreiten" Wechselkurse begannen wild gegeneinander auszuschlagen. Die Zentralbanken versuchen bis heute durch Eingriffe, dem sogenannten "schmutzigen" Floaten im Gegensatz zum "freien Spiel der Wechselkurse", die Wechselkurse zu stabilisieren mit zweifelhaftem Erfolg.

Damals begannen auch jene sog. Arbitragegeschäfte mit Devisen. Ist der Dollar in Tokio etwas billiger als in Frankfurt, werden riesige Mengen Dollar in Tokio gekauft und elektronisch in Frankfurt Sekunden später verkauft. So setzt sich auf dem Weltmarkt immer ein einheitlicher Weltmarktpreis für Devisen durch, aber immer nur fast. Arbitrageure versuchen die winzigen Preisunterschiede schnell auszunutzen, was nur dann einen Profit bewirkt, wenn mit riesigen Mengen gehandelt wird. Die häufig erwähnten 1,5 Bio. \$ täglicher Devisentransaktionen sind wohl hauptsächlich auf solche Arbitragegeschäfte zurückzuführen, die schon nach Sekunden wieder beendet sind.

In erster Linie gegen solche Kurzzeitgeschäfte war der Vorschlag von 1971 von James Tobin, dem US-amerikanischen Nobelpreisträger von 1981, gerichtet. "Ein bisschen Sand in das Räderwerk der Finanzen" zu schütten, war das Ziel, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. Man kann sich in der Tat fragen, was das für ein Wirtschaftssystem ist, bei dem ständig viele Menschen mit viel Material damit beschäftigt sind viele Dollar, Yen und Euro zu verkaufen und gleich wieder zurückzukaufen, weil nicht anders ein einheitlicher Weltmarktpreis für Devisen zu haben ist. Doch der Kapitalismus hatte mit fallenden Profitraten und heraufziehenden Krisen größere Sorgen als nur Arbitrage.

Die Welt wurde immer unsicherer, die Kapitalisten immer ängstlicher. Es besteht die Gefahr, dass Kapitalisten ihr Geld nicht mehr investieren, sondern lieber im Tresor horten. Dann wird aber der Wirtschaftskreislauf unterbrochen und die Krise bricht offen aus. Für die kapitalistische Ordnung ging es also darum, wie ein angesichts der heraufziehenden Krisen ängstlich gewordener Kapitalist dazu bewegt werden kann, sein Geld doch zu investieren und das wachsende Risiko auf sich zu nehmen.

Finanzkapital und Spekulation

Versicherungen versuchen Risiken zu bewältigen, indem viele Risiken zusammengefasst werden. Nach statistischen Gesetzmäßigkeiten (Gesetz der großen Zahl) gleichen sich die Risiken im Durchschnitt aus - so die Lehre - oder gehorchen festen mathematischen Gesetzen. Je mehr Versicherungsnehmer eine Versicherung als Kunden hat, desto mehr kann sie sich auf diese Gesetze verlassen.

Die Kapitalisten versuchten sich gegen das wachsende Chaos ihrer Märkte zu versichern. Die Spekulanten handeln sozusagen als eine Art Versicherungsnehmer mit solchen Risiken auf den Finanzmärkten. Will zum Beispiel ein Kapitalist des produzierenden Gewerbes zu einem zukünftigen Termin etwas verkaufen, kann er sich gegen Zahlung einer Prämie mit einer Put-Option gegen einen Preisverfall versichern, will ein anderer zu einem zukünftigen Termin etwas kaufen, kann dieser sich gegen Zahlung einer Prämie mit einer Call-Option gegen einen Preisanstieg versichern.

Umstritten sind in diesem Zusammenhang die sog. Derivate, also Geschäfte dieser Art, bei denen kein beabsichtigtes "reales" Geschäft im Hintergrund steht, sondern wo es nur um den Gewinn aus der Preisveränderung einer Ware geht. Vergleichbar grob mit jemandem, der eine Feuerversicherung auf ein Haus abschließt, das ihm gar nicht gehört. Derivate können sich auf reale Warenmengen beziehen, die viel größer als die in Wirklichkeit vorkommenden sind, was sich im Falle einer Fehlspekulation dramatisch auf den Realbereich auswirken kann. Das ist etwa so, wie wenn mehrere auf das selbe Haus eine Feuerversicherung abschließen.

Um auf die infolge des Falles der Profitraten gestiegenen Risiken reagieren zu können, war eine gewaltige Ausweitung der Kundschaft der Spekulation (der "Versicherungsunternehmer") notwendig, um statistische Gesetzmäßigkeiten in noch größerem Umfang als bisher ausnützen zu können, eine Ausweitung nach außen und nach innen. Die Spekulation musste dazu eine Umwälzung im wissenschaftlichen, juristischen und politischen Überbau des Kapitalismus durchsetzen.

Nach außen: Globalisierung

Die Spekulation musste durchsetzen, dass sie sich weltweit beteiligen kann, um im "Portfolio" die richtige Risikomischung hinzukriegen. Der Gedanke ist, viele hochriskante Papiere, die aber auch mit hohen Gewinnchancen verbunden sind, die "Junkbonds" ("Ramschanleihen"), so zu einem Paket zusammenzufassen, dass insgesamt eine risikoarme Investition mit noch annehmbarer Gewinnchance herauskommt. Einige Projekte mögen zwar scheitern, aber diese Verluste werden durch hohe Gewinne anderer Projekte mehr als ausgeglichen. Dazu ist es aber erforderlich, dass ein Investor sich bei einem

Hotel in Indonesien, bei einem Bürohaus in Argentinien und bei einem Bergwerk in Südafrika gleichzeitig beteiligen kann. Kapitalverkehrskontrollen mussten verschwinden, außerdem mussten riskante Investitionen an den Börsen zugelassen werden: Dies ist die Deregulierung des Neoliberalismus. Solche Risikostreunungen hat es natürlich schon früher gegeben, aber mehr lokaler Art. Sie reichten nicht mehr für die zunehmende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus. Weltweites Krisenmanagement ist jetzt gefragt. Lokal ergab das Verbot riskanter Spekulationen einen Sinn, im Weltmaßstab nicht mehr, weil jetzt das Risiko eines lokalen Projektes mit vielen anderen Risiken aus aller Welt zum Ausgleich gebracht werden sollte.

Tatsächlich werden so durch weltweite Spekulation auch Projekte finanziert, die früher als Einzelinvestition als zu gefährlich unterblieben wären. Als Teil eines Investitionspaketes ergibt die Investition jedoch einen Sinn. Manche führen den Anstieg der Aktien in den 80er und 90er Jahren zum Teil darauf zurück, dass zwar die Risiken der einzelnen Aktien größer geworden sind, durch Zusammenfassung der Aktien in "Portfolios" aber sozusagen versicherungsmathematisch das durchschnittliche Aktienrisiko gesenkt werden konnte. Die Krisentendenz mag so betrachtet durch die neue Spekulation verzögert worden sein.

Nach innen: Verbriefung

Nicht nur Projekte in anderen Ländern, auch solche in den großen kapitalistischen Ländern selbst mussten der Spekulation für ihren Risikoausgleich zur Verfügung gestellt werden. So vergeben Banken im Neoliberalismus keine Kredite an einzelne Unternehmen, das ist zu risikoreich. Um sich zu finanzieren, müssen die Unternehmen Aktien auf den Finanzmärkten verkaufen, also eine Aktiengesellschaft werden, oder (wie schon immer) festverzinsliche Wertpapiere, sog. Schuldverschreibungen, verkaufen. Die Banken sind zum Händler solcher Papiere (die "Briefe") geworden, die Risiken tragen die Käufer und Verkäufer dieser Papiere.

Besonderes Interesse zeigt die Spekulation an der Sozialversicherung. Wird diese über Kapitalmärkte abgewickelt, weitet dies die Handlungsmöglichkeiten (und Profite) der Spekulanten gewaltig aus. Außerdem kann der Staat Risiken auf die Arbeitnehmer abwälzen. Aber auch wo Teile der Sozialversicherung schon privat sind, wie in den USA, kommt es zu Verschiebungen. Profite, die in der US-Krankenversicherung bisher von Ärzten gemacht worden sind, werden inzwischen von den Finanzmärkten abgeschöpft. Die Ärzte sehen sich schon nach gewerkschaftlichem Schutz um.

Corporate Governance: Regulierung

Die Spekulanten können sich dabei nicht einfach auf die schon erwähnte mathematische Statistik verlassen. Eine Feuerversicherung z. B. interessiert sich nicht nur für statistische Gesetze, sondern auch dafür, ob das zu versichernde Haus aus Holz oder aus Stein gebaut ist. So verlangt die Spekulation inzwischen von den Unternehmen weltweit die Befolgung fester Regeln, z. B. das regelmäßige und häufige Vorlegen von Finanzberichten. Die mittelständischen Unternehmen mögen jammern, aber anders gibt es kein Geld mehr. Dies ist die Regulierung des Neoliberalismus. Wer die Abschaffung von Regulierungen beklagt, muss sehen, dass der Neoliberalismus lediglich neue Regulierungen an die Stelle von alten gesetzt hat.

Opfer sind Unternehmen, aber auch ganze Staaten. So musste Kenia 2000 für einen Kredit von 200 Mio. \$ vom IWF 60 Bedingungen annehmen, darunter ein vom IWF diktiertes öffentliches Dienstrecht.

Arbitrage

Auf diesen neu geschaffenen gesetzlichen und politischen Grundlagen scheinen die Spekulanten auch im Krisenkapitalismus ihrem Geschäft nachgehen zu können. Die Profite zwacken sie dem Produktionsbereich ab, dessen Risiken sie ja auch übernehmen sollen. Viel ist angesichts sinkender Profitraten allerdings nicht zu verdienen. Ein größerer Profit springt oft nur heraus, wenn der Spekulant wenig eigenes Kapital einsetzen muss, also die neuen Möglichkeiten der Finanzinstrumente möglichst ausreizt.

Da nicht nur Spekulanten, sondern alle Kapitalisten billig einkaufen und teuer verkaufen wollen, ist eine Definition von Spekulation gar nicht so einfach. Der US-Finanzexperte Nasser Saber schlägt folgende Definition vor: Nach Marx investiert ein Kapitalist Geld G, um einige Zeit später mehr Geld G' zurück zu

erhalten. Spekulanten sind Kapitalisten, die den Zeitraum zwischen G und G' auf null verkürzen. Kauf, Verkauf und Profit fallen im selben Zeitpunkt an. Wie geht das?

Eine Ware wird auf Termin verkauft, eine andere auf den selben Termin gekauft. Vor der Börsenaufsicht kann das eine Geschäft zur Deckung des anderen dienen, es ist kein Eigenkapital nötig. Steigt bis zum Termin der Preis der zweiten Ware im Verhältnis zu dem der ersten, fällt - dies lässt sich zeigen - zum Termin, wo Kauf und Verkauf abgewickelt werden, ein Spekulationsgewinn an. Der Spekulant hat dabei den Zeitraum zwischen G und G' auf null schrumpfen lassen, allerdings gibt es jetzt den Zeitraum bis zum Termin.

Die Krise schlägt zurück

Zunächst kann man also den Spekulanten als eine Art Versicherungsunternehmer auffassen, der andere Kapitalisten durch Termingeschäfte gegen Marktrisiken versichert und dabei selbst seinen Profit macht, indem er diese Termingeschäfte wie beschrieben zu Arbitragegeschäften nutzt. Wirft aber die Krise die Berechnungen über den Haufen, steht er plötzlich als verantwortungsloser Finanzjongleur da. Machte er eben noch Profite ohne Einsatz eigenen Kapitals, steht er jetzt plötzlich riesigen Zahlungsverpflichtungen gegenüber, die er nicht erfüllen kann und droht so auch noch durch eine Kettenreaktion die Krise zu verstärken. Häufig gerät die ursprüngliche auslösende Krise aus dem Blickfeld und der Spekulant steht allein als Verursacher der Krise da.

So hat beispielsweise der "Schutzfonds" ("Hedgefond") Long Term Credit Management (LTCM) auf Termin deutsche Staatspapiere verkauft und italienische gekauft, weil er die Einführung des Euro erwartete und daher erwartete, dass der Preis italienischer Papiere im Vergleich zu dem der deutschen steigen müsste. Für sich betrachtet keine besonders gewagte Spekulation. Die Krise 1997/1998 machte aber einen Strich durch die Rechnung. Auf einmal waren wieder sichere Staatspapiere aus der BRD besonders gefragt, so dass der Preis italienischer Staatspapiere im Verhältnis zurückfiel. Es drohten riesige Verluste. Um diese einzudämmen, kaufte LTCM schnell deutsche Staatspapiere, bevor diese noch weiter im Preis stiegen. Dadurch stiegen aber die Preise erst recht, andere größere Finanzinstitute, die die Verluste zunächst noch hätten tragen können, gerieten nun ihrerseits in Panik. Aus dem Fonds zur Absicherung gegen Risiken war ein Krisenverstärker geworden.

Die staatliche US-Zentralbank musste eine Rettungsaktion organisieren, sonst hätte eine "Kernschmelze" des internationalen Finanzmarktes gedroht mit verheerenden Rückwirkungen auf die Wirtschaft insgesamt. Dies sind die staatlichen Eingriffe im Neoliberalismus. Wer den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft im Neoliberalismus beklagt, muss sehen, dass der Neoliberalismus genau so auf Staatseingriffe angewiesen ist wie der alte Kapitalismus.

Auf diese Katastrophen der Finanzmärkte heben jene bürgerlichen Regulierer ab, die meinen, an der Krise des Kapitalismus seien die risikofreudigen Zocker der Finanzmärkte schuld. Weder Globalisierer einerseits noch Regulierer oder Reformer andererseits sehen die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus schon im Produktionsbereich oder im Kapitalismus insgesamt.

Von Reform zu Revolution

Marx hat theoretisch gezeigt, dass der Kapitalismus ein in sich widersprüchliches System ist, dass Produktionsbereich und Finanzbereich eine Einheit bilden und dass sich der Kapitalismus nicht reformieren lässt sondern nur als ganzes abschaffen und durch eine neue Produktionsweise ersetzen lässt, bei der die Gesellschaft die Produktion gemäß den Bedürfnissen plant. Auch nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Chaos des Kapitalismus immer deutlicher, wobei eine sich vertiefende Stagnationskrise mit gewaltigen Finanzkrisen einhergeht. Dagegen bildet sich Widerstand. So organisiert Attac in vielen Städten Aktionen für die Streichung der Schulden, für eine Kontrolle des Finanzkapitals, eine Umverteilung von Reich zu Arm, und bringt das ganze in Verbindung mit örtlicher Sparpolitik. Diskussionen über Kapitalismus und um Für und Wider von Regulation oder Reform werden angestoßen, etwa zur Frage der Tobinsteuer: Gelingt es das Finanzkapital zu bändigen? Kommt es bei erfolgreicher Eindämmung der Transfers zu weniger Einnahmen für Umwelt oder dritte Welt (vgl. Öko-, Alkohol- und Nikotinststeuer)? Oder umgekehrt, sprudeln die Einnahmen, weil die kurzfristigen Kapitaltransfers gar nicht reagieren werden? Holen uns hier die Widersprüche des Kapitalismus wieder ein?

Zur Frage der Umverteilung: Das Kapital muss den Schaden, den es in den Ländern der Dritten Welt

angerichtet hat, wieder gut machen. Wir fordern mehr Entwicklungshilfe, Streichung der Schulden der Dritten Welt. Höhere Löhne und mehr soziale Sicherung! Aber wird dadurch der Kapitalismus mittels höherer Nachfrage stabilisiert? Sind diese Forderungen sozusagen im eigenen Interesse des Kapitals? Nach Marx bringt es der Fall der Profitrate mit sich, dass höhere Löhne nichts für das Kapital bringen, die Profitrate wäre ja dann noch niedriger. Deshalb treibt der Kampf um Reformen weiter. Der Kampf um Reformen führt zur Erkenntnis, dass der Kapitalismus als ganzes und nicht nur seine Auswirkungen bekämpft werden muss. Schon im produktiven Bereich liegt der Kern des Problems. Die gewaltige Entwicklung des Finanz- und spekulativen Kapitals mit den Krisen ist nur ein Ausdruck der Probleme des Kapitalismus insgesamt. Der Kapitalismus als eigentliche Ursache für den Wahnsinn auf den Märkten muss daher in Frage gestellt werden. Dazu brauchen wir eine breite Bewegung. Attac mit seinem Vorstoß zur Tobinsteuer und mit den anderen Forderungen ist ein Schritt zu einer breiten Bewegung und Bewußtseinsbildung gegen den Kapitalismus. Das müssen wir unterstützen.

Kleine Geschichte der Finanzkrisen

Der Fall der Profitrate führte zum "Anlagenotstand". In den 70er Jahren wurde deshalb Südamerika als neues Investitionsgebiet auserkoren. Dazu mussten aber die Finanzmärkte Südamerikas "dereguliert" werden. Das Finanzkapital ging nur unter der Bedingung dorthin, dass es sich bei Gefahr sofort wieder zurückziehen könnte. Die Kredite wurden denn nur auf kurze Frist vergeben und mussten laufend verlängert werden, denn Kapital ist nun mal "scheu wie ein Reh". Verteidiger des Finanzkapitals weisen vielleicht nicht ganz zu Unrecht darauf hin, dass wenn man damals dem Finanzkapital nicht entgegen gekommen wäre, schon in den 70er Jahren eine schwere Weltwirtschaftskrise ausgebrochen wäre. Die Krise wurde aber nur verschoben.

Die Krisentendenz hielt an, der Kampf um Kredit zum Überleben wurde härter. Zum Dekadenwechsel 1979/1980 (Beginn des Neoliberalismus, Ende des Keynesianismus) erhöhte die US-Zentralbank schlagartig die Zinsen, um das internationale Finanzkapital in die USA zu locken. Folge: Südamerika konnte seine kurzfristigen Kredite plötzlich nur noch zu Wucherzinsen verlängern. Die südamerikanische Schuldenkrise brach aus. Der Kontinent musste Wucherzinsen an das internationale Finanzkapital zahlen. Die 80er Jahre sind sprichwörtlich zum "verlorenen Jahrzehnt" für Südamerika geworden. Die Armen zahlen an die Reichen.

Und weiter drehte sich das Krisenkarussell. In den 80er Jahren versuchte Japan, "beraten" von den USA, Geld zu drucken und seine Wirtschaft und damit vielleicht endlich die Weltwirtschaft anzukurbeln. Die Aktienkurse explodierten, was es den Unternehmen - wie gewünscht - erleichterte, allerlei Investitionsprojekte anzuleiern. Als diese sich angesichts der weltweiten Überinvestition als Investitionsruinen entpuppten, implodierten die Aktienkurse. Die japanische Wirtschaft liegt seitdem am Boden.

In den 90er Jahren wurden die ostasiatischen Tigerstaaten zu Wundern der Marktwirtschaft erklärt. Wieder wagte sich das Finanzkapital nur auf kurze Frist in diese angeblichen Tiger des Neoliberalismus. Die Kredite mussten laufend verlängert werden. Es kam wie es kommen musste. Die Investitionen erwiesen sich als Überinvestitionen, das Finanzkapital zog sich sofort zurück. Die betroffenen Länder wurden um Jahre zurückgeworfen. Die Tiger sind seitdem zahnlos. Die Arbeiterklasse muss die Krise ausbaden.

Und so weiter, und so weiter....

Diese Geschichte zeigt, dass Finanzkrisen eng mit Überinvestitionskrisen im Produktionsbereich verwickelt sind.

Fußnoten

- (1) "Die Krise hat in Indonesien drei Jahrzehnte Entwicklung ausgelöscht", so eine Meldung der FAZ vom 6. April 1999.

- (2) Jörg Huffschild; Gegen die Diktatur der Märkte - eine andere Welt ist möglich - Thesen bei einer Veranstaltung von attac, 10.12.1999; S. 6: <http://homepage.mac.com/attacz/Doc/Huffschild.htm>; seit der Liberalisierung der Finanzmärkte, so Huffschild, hat die Zahl und die Intensität von Finanzkrisen wieder zugenommen, die vielfach internationale Dimensionen annehmen: Anfang der 80er Jahre die lateinamerikanische Schuldenkrise, 1987 der Börsenkrach in New York; 1992/93 die Krise des Europäischen Währungssystems, 1994/5 die Mexikokrise (50 Mrd. \$ Hilfspaket des IWF), 1997 Asienkrise, 1998 Rußland, 1999 Brasilien, Ecuador. Die Reihe lässt sich fortsetzen: 2001: Türkei (19 Mrd. \$ Kredit), Argentinien (im Dezember 2000 40 Mrd. \$ IWF-Kredit, jetzt zusätzliche 8 Mrd. \$), Brasilien (bis jetzt 15 Mrd. \$ IWF-Kredit).

- (3) Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens; etwas: Verein für eine Besteuerung der finanziellen

Überweisungen zur Unterstützung der Bürger.

- (4) Clinton zitiert nach Daniel Ben-Ami, Cowardly Capitalism - The myth of the global financial casino. Chichester, New York 2001, S. 90; Friedhelm Schnorrenberg, Soziale Ordnung 5, 2001, S. 8
- (5) <http://www.attac-netzwerk.de/erklaeerung/erklaeerung.html>; <http://www.attac-netzwerk.de/ratschlag/0004tobin.html>; <http://www.attac-netzwerk.de/rente/index.html>; <http://www.attac-netzwerk.de/sozsiach/index.html>; <http://www.attac-netzwerk.de/steuerflucht/index.html>; <http://www.ila-bonn.de/forum/index.html>
- (6) Jörg Hufschmid; Vorschläge zur Reform der Finanzmärkte; http://www.osz-verkehr.de/kongress/hufschmid_Reform%20der%20Finanzmaerkte.htm; Kunibert Raffer; Globalisierung der Steuerregime: Die Tobin-Steuer; publiziert in: Germanwatch (Hg.) Zukunftsfähige Entwicklungspolitik - Vision oder Illusion? Germanwatch, Bonn, 1997, S.54-60; Kaul, Inge, Isabelle Grunberg & Mahbub ul Haq (1996), "Overview", in: ul Haq, Mahbub, Inge Kaul & Isabelle Grunberg (eds.) (1996), The Tobin Tax, Coping with Financial Volatility, Oxford University Press: Oxford, New York; <http://www.attac-austria.org/werwirsind/hintergrund.php>;
- (7) Hans-Hagen Härtel im Wirtschaftsdienst 2001/IX, S. 492.
- (8) iwd vom 20. September 2001, Nr. 38.
- (9) Vgl.: Quo vadis Gewerkschaftslinker? Für einen Perspektivwechsel der um Perspektiven ringenden Gewerkschaftslinken, Papier zum 4. Kongress: 12./13. Oktober 2001 in Stuttgart: "Welche Gewerkschaften haben Zukunft?" aktuelle und perspektivische Herausforderungen an die Gewerkschaftslinker; <http://www.opentheory.org/doc/perspektiven/w0001.phptml>
- (10) Grossmann, Henryk 1970 [1929], Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (Zugleich eine Krisentheorie), Leipzig: C. L. Hirschfeld, Neudruck Frankfurt: Verlag Neue Kritik; S. 602f.
- (11) Von 1991 bis 1999 stieg in der BRD das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1995 von 15 Billionen DM auf 19 Bio. DM. Die Zahl der Arbeitnehmer, deren Arbeitslänge den Produktionswert bemisst, ging dagegen von 35 Millionen auf 34 Millionen zurück. Langfristig ging in der BRD die Cash-Flow-Rendite von 1972 7,9 % auf 1996 5,2 % zurück. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2, Vorbericht 2000, S. 114 und Deutsche Bundesbank, Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, Statistische Sonderveröffentlichung 5, März 1999, S. 22ff.
- (12) Die Investitionen in Sachkapital von Produktionsunternehmen in der BRD nahmen von 1970 56 Mrd DM auf 1998 170 Mrd. DM zu (Verdreifachung). Die finanziellen Investitionen nahmen in diesem Zeitraum viel mehr zu: von 23 Mrd. DM auf 237 Mrd. DM (Verzehnfachung). Gleichzeitig nahm aber die Kreditaufnahme, das Gegenstück zur finanziellen Investition, ebenfalls stark zu, von 56 Mrd. DM auf 350 Mrd. DM (Versachsfachung). Die Produktionsunternehmen treten also immer stärker sowohl als Geber als auch als Nehmer auf den Finanzmärkten auf, ihre gegenseitige finanzielle Verflechtung nimmt immer stärker zu. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2000/2001, Tabelle 32*.
- (13) Es ist also Unsinn zu sagen, die gesetzliche Sozialversicherung kann wegfallen, weil der verschuldete Staat so arm und die Privaten so reich sind. Die Schulden des Staates sind Finanzvermögen der Privaten. Wer das eine streicht, streicht auch das andere. So ist es zwar in den USA gelungen, die Staatsschulden in letzter Zeit zurückzuführen, gleichzeitig nahm aber sozusagen als Reflex die private Verschuldung zu.
- (14) Es ist also Quatsch, eine Trennung vorzunehmen in gutes "schaffendes Kapital" (Industriekapital) und böses "raffendes Kapital" (Finanzkapital), wie es demagogisch die Nazis taten und dabei Handlanger beider Kapitale waren. Ideologisch lässt sich diese Trennung zurück über Keynes, Silvio Gesell hin zu Proudhon verfolgen.
- (15) Jörg Hufschmid, Vortrag vom 20. November 2000 in der Österreichischen Nationalbank, <http://www.attac-austria.org/infos/hufschmid.php>
- (16) Sachverständigenrat a.a.O. Die Zahlen sollten nicht überbewertet werden: Leih A an C 100 Mark, sind die 100 Mark Finanzvermögen von A und 100 Mark Schulden von C. Leih A an B und B an C jeweils 100 Mark, existieren plötzlich 200 Mark Finanzvermögen und 200 Mark Schulden, weil die Kreditkette länger geworden ist. Je länger die Kreditketten, desto höher statistisch das Finanzvermögen und die diesem entsprechenden Schulden.
- (17) iwd-Dienst (Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft), 29. Oktober 2000, S. 6f.
- (18) Vgl. Nasser Saber, Speculative Capital vol. I, 1999; ders., Speculative Capital and Derivatives, vol. II, 1999.
- (19) Vgl. Jean Marie Harribey 1998, Die Tobinsteuer gegen den Finanzkapitalismus?, <http://attac.org/fr/la/list/doc/harribeyde.htm>; Jörg Hufschmid, Vorschläge zur Reform der Finanzmärkte.
- (20) Bontrup, Heinz-J. 2000, Zur säkularen Entwicklung der Kapitalrentabilität, WSI Mitteilungen, 11: 718-725; Calinicos, Alex 1998, ? World Capitalism at the Abyss', International Socialism, 81: 3-43; Deutsche Bundesbank 1999, ? Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996'. Statistische Sonderveröffentlichung 5, Frankfurt am Main. (www.bundesbank.de); Duménil, Gérard und Dominique Lévy 1999, The Profit Rate: Where and How Much Did It Fall? Did It Recover? (USA 1948-1997), Paris: Cepremap (www.cepremap.cnrs.fr/~levy/); Geier, Joel und Ahmed Shawki 1997, 'Contradictions of the "Miracle" Economy', International Socialist Review, 2: 6-14; Husson, Michel 1999, ? Riding the Long Wave', Historical Materialism, 5: 77-102; Moseley, Fred 1997, ? The Rate of Profit and Economic Stagnation in the United States Economy', Historical Materialism, 1: 161-174.
- (21) Ähnlich wird ja behauptet, dass zuerst mal der Kündigungsschutz vermindert werden muss, bevor es die Unternehmen wagen können, neu einzustellen.
- (22) J. Hufschmid, Vorschläge zur Reform der Finanzmärkte, a.a.O.; Jörg Hufschmid, Vortrag vom 20. November 2000 in der Österreichischen Nationalbank, <http://www.attac-austria.org/infos/hufschmid.php>; hätte Hufschmid Recht, bestünden Chancen, das Kapital von seinem Glück zu überzeugen. Doch stößt die Reformierbarkeit des Kapitalismus wegen des tendenziellen Falles der Profitrate auf immer engere Grenzen.
- (23) So wird auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes gefordert, weil nur so ein Kapitalist es wagen könne, jemanden einzustellen.

www.g8-illegal.org

Bericht über die Asambleas in Buenos Aires

von tania / kanalB

Momentan sind KanalB in Argentinien, um dort für uns zu berichten. Täglich werden Videos und Berichte ins Netz gestellt. (siehe Link auf der Startseite ganz oben)

Hier ein aktueller Bericht von ihnen.

Asambleas

Fast drei Monate sind vergangen seit den Aufständen vom 19./20.12.01, die 30 Menschen das Leben gekostet haben. Es ist still geworden um Argentinien -- das Land, die Bevölkerung schweigt indes keinesfalls.

Es kommt kaum noch zu gewalttätigen Ausschreitungen, auch hat der Widerstand an Massivität verloren, doch er geht weiter, die Ereignisse des letzten Jahres wirken nach, in vierlei Hinsicht.

Die Cacerlazos finden ihren direkten Nachfolger in allfreitäglichen Cacerolazos. Es ist längst nicht mehr die ganze Stadt, die sich daran beteiligt, auch haben sie nicht mehr die einstige Schlagkraft: Sie sind eher zu einer symbolischen Handlung geworden, mit der eines der wichtigsten Phänomene, das aus dem 19/20.12 erwachsen ist, auf sich aufmerksam macht: die Asambleas, die eine anhaltende Bewegung zum Ausdruck bringen.

Die Anwohner eines Stadtviertels haben begonnen, sich wöchentlich an einer Strassenecke, in einem Park zu versammeln, um sich auszutauschen. Sie diskutieren sowohl die Probleme, mit denen sie sich direkt konfrontiert sehen, als auch deren Ursachen im großen Rahmen. In einem sind sich fast alle einig: Auf die Politiker wollen und können sie sich nicht länger verlassen. Die Bevölkerung ist sich dessen bewusst geworden, dass es an ihnen liegt, eine Veränderung herbeizuführen. Und sie haben die Sicherheit gewonnen, etwas bewegen zu können -- immerhin haben sie binnen 2 Wochen 2 Präsidenten zum Rücktritt gezwungen.

Die Menschen sind an einem Punkt angelangt, da sie sich nicht länger der Korruption, den Forderungen des IWF, den brachialen Sparmaßnahmen, dem gewaltigen Schuldendienst aufleihen wollen. Sie fordern Arbeit, Unabhängigkeit und sind angetreten, um ihr Land, ihre Gesellschaft und ihre nationale Wirtschaft zu verteidigen.

Nach jüngsten Umfragen (Hugo Haime & Acosados), die Bevölkerungsgruppen und Altersgruppen berücksichtigen, haben sich im Großraum Buenos Aires 34% der Bevölkerung bereits an den Asambleas oder Cacerolazos beteiligt. 26% würden im Falle einer Wahl ihre Stimme ungültig machen! Die Nichtwähler wären damit die größte Partei, noch vor den Peronisten, die es auf 21% bringen würden; und über 55% können sich keinen Präsidenten mit politischer Vergangenheit mehr vorstellen. Wenngleich die Gründe, welche die Menschen auf die Straße treiben, vielschichtig sind, wenngleich selbstverständlich nicht alle das gleiche erleiden -- so sind doch die Gründe für die Leiden der Menschen die gleichen -- das ausbeuterische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre bedroht sowohl die Erparnisse der Mittelklasse, als auch das Leben der Armen.

Weder die Probleme Argentinien sind neu, noch ist es die Tatsache, dass sich Widerstand formiert. Die Ereignisse vom Dezember fielen nicht vom Himmel. Neu ist jedoch eine besonders starke Form von Solidarität, die überall zu spüren ist. Sie lässt sich z.B. an der Zusammenarbeit verschiedener politischer Gruppen ablesen, daran, wie sie sich untereinander und andere unterstützen: In Buenos Aires demonstrieren Asambleas für die Bewegung der Piqueteros in der Provinz Salta, eine besetzte Fabrik stiftet einem Krankenhaus Textilien, eine Asambleas veranstaltet Escraches (ein relativ neues Phänomen: massive Demonstration bzw. Angriff auf ein Gebäude) bei EDesur(Elektrizitätswerke), weil ihren Nachbarn, die die Rechnung nicht mehr bezahlen konnten, der Strom abgestellt wurde. Sie wollen den Konzern, der nicht unschuldig ist daran, dass sich viele Menschen der Möglichkeit beraubt sehen, ihre Rechnungen zu bezahlen, zu Verhandlungen zwingen, zu fairen Tarifen (die in Buenos Aires gehören zu den höchsten der Welt).

Die Lage Argentinien verschlechtert sich täglich. Die Abwertung des Pesos, die damit einsetzende Inflation, der Corralito -- das bedeutet für viele Menschen täglich ihr Haus, ihre Arbeit, ihre Existenz zu verlieren. Im Land der saftigen Steaks sterben täglich 100 Kinder an Unterernährung. Die Menschen sind nicht länger bereit das alles zu erdulden, und ihre Aktionen beschränken sich nicht auf Cacerolazos und Escraches -- das Ziel, welches sich die Asambleas gesetzt haben, ist eine alternative Regierung aufzustellen. Sie wollen direkte Vertreter aus ihren Reihen, wollen Kontrollen im Staats- und Finanzwesen, wollen Transparenz und Verstaatlichung der Unternehmen. Sie wappnen sich, um einen Richtungswechsel in Angriff zu nehmen und sind bereit, die Verantwortung für sich und ihr Land zu übernehmen.

Sie organisieren sich in basisdemokratischer Form. Zunächst gibt es die nachbarschaftlichen Asambleas, auf welcher jeder Teilnehmer ein Anliegen, einen Vorschlag einbringen kann, der dann unter den Anwesenden abgestimmt wird. Wird er angenommen, dann präsentiert ihn ein Delegierter oder eine Delegierte auf der jeden Sonntag stattfindenden Asambleas für ganz Buenos Aires. Hier wird erneut abgestimmt. Fällt das Ergebnis positiv aus, so gilt dieser Vorschlag als von allen angenommen. Am kommenden Sonntag findet die nationale Asambleas statt, zu der alle Asambleas des Landes anreisen.

Im Gespräch ist eine verfassungsgebende Asamblee, welche allerdings auf Widerstände in der Regierung stößt. Doch die Regierung (die im Moment zudem ja nur eine Übergangsregierung ist) scheint angesichts der jüngsten Ereignisse kein unüberwindbares Hindernis mehr darzustellen. Vor diesem Hintergrund, angesichts der Tatsache, dass sich Argentinien in einer wichtigen Entscheidungsphase befindet, kommt der aktuellen Bewegung eine große Bedeutung zu. Niemand verfällt der Illusion, der Weg aus der Krise, in die Unabhängigkeit vom IWF und Konsorten sei ein leichter -- doch fast alle sind sich einig, dass er begangen werden muss.

Brukman

Wer derzeit durch die Straßen von Buenos Aires wandert, gewinnt den Eindruck, als gäbe es zwei Welten in einer Stadt. Das Leben scheint im groben seinen gewohnten Lauf zu nehmen, doch da ist keine Zeitung, kein Radio oder Fernsehsender, welcher sich nicht mit der aktuellen Lage befassen würde. Aber vor allen Dingen ist da die Bevölkerung, die sich beständig versammelt, austauscht und mit verschiedensten Aktionen das Wort ergreift. Die Menschen sind zu dem Schluss gekommen, ihr Leben, ihr Land selber in die Hand zu nehmen. Und sie sind auf dem besten Wege dazu. Was sie stark macht, ist v.a. die Solidarität, die sich unter der Bevölkerung verbreitet hat, während Politiker um ihr Leben fürchten müssen, sobald sie sich auf die Straße begeben. Zwar existiert die politische Klasse weiterhin, doch kaum jemand ist ihr noch auch nur annähernd wohlgesonnen -- man hat das Gefühl, es sind die Leute selbst, die im Moment die Entscheidungen treffen. Ein Phänomen, welches sich im ganzen Land durchgesetzt hat, ist z.B. das der Fabriksbesetzungen. Vor dem Hintergrund jahrelanger Ausbeutung (die Gehälter der Arbeiter liegen zumeist unter 50 Pesos im Monat, das sind 50 DM, Tendenz fallend), haben viele Arbeiter sich dazu entschlossen, die Leitung der Produktion sowie die Verteilung der Gelder selbst zu organisieren. Vielfach haben die Inhaber die Flucht ergriffen, weil sie Geld schuldeten, u.a. die Gehälter der Angestellten, woraufhin diese vor der Wahl standen, ihre Existenzgrundlage aufzugeben oder sich der Selbstverantwortung zu stellen.

So auch im Falle der Fabrik Brukman, einer Textilfabrik im Zentrum von Buenos Aires, welche seit Dezember letzten Jahres den Arbeitern selbst geleitet wird. D.h., sie selbst kümmern sich um Produktion und Verkauf, mit Unterstützung verschiedener politischer Gruppen, während sie selbst wiederum z.B. Krankenhäuser mit Textilien unterstützen. Seit sie die Fabrik übernommen haben, verdienen sie besser und arbeiten unter humanen Umständen -- mit dem Gefühl, in eigener Verantwortung zu handeln. In gewisser Weise verwalten sie die Fabrik für die Besitzer, sie kümmern sich um alles, sind bereit zu verhandeln -- doch sie sind sich ihrer einstigen Ausbeutung wie auch ihrer derzeitigen Stärke sehr bewusst geworden.

Tritt man in die Fabrik ein, schlägt einem eine Welle von Wärme entgegen, die sich aus Freundlichkeit und gegenseitigem Respekt zusammensetzt und von einem überwältigenden Optimismus getragen ist. Niemand wartet hier darauf, dass die Regierung ihnen zur Hilfe eile, niemand bangt der nächsten Entscheidung des IWF entgegen -- die Leute wollen weder Regierung noch IWF, sie wollen die Unabhängigkeit von derlei unübersichtlichen Institutionen, sind überzeugt davon, es allein zu schaffen, und nur ein Taubstummer, der sein Augenlicht verloren hat, würde sich nicht mitreißen lassen von ihnen.

Sie haben klare Forderungen, klare Vorstellungen von der Zukunft, sie sind gut organisiert. Und vor allem: Ihre Organisation, ihre Ziele, basieren nicht auf Doktrinen sondern auf einem gesunden Gerechtigkeitsempfinden. Und dieses verbindet im Moment Menschen verschiedenster sozialer Herkunft. Eines der wichtigsten Prinzipien der Arbeiter ist die Basisdemokratie; sie haben jahrelang unter Hierarchien gelitten, lange eingeredet bekommen, nicht mehr als ein Rädchen im Getriebe einer von fernem und unnahbaren Mächten gesteuerten Maschine zu sein. Heute steht für sie die Gemeinschaftlichkeit im Mittelpunkt, die gegenseitige Akzeptanz.

Sie schlafen turnusmäßig in der Fabrik, um sie im Notfall verteidigen zu können, denn natürlich gibt es Behinderungen seitens der Besitzer, der Regierung und auch der Gewerkschaften, welche in der aktuellen Situation eine sehr absurde Rolle spielen. Doch die Arbeiter blicken dieser Bedrohung recht gefasst ins Auge: Sie, die Bevölkerung sind in der Überzahl, die regierende Klasse hat erheblich an

Unantastbarkeit eingebüßt, und v.a.: Sie kämpfen nicht für private Interessen, sondern für eine gerechte Sache, und das vereint sie.

Aus der „Geschichte“ der Anti-Globalisierungs-Bewegung:

WTO-KONFERENZ VON SEATTLE

Liberalismus versus Freiheit

Die EU-Partner haben sich darauf verständigt, den EU-Kommissar Pascal Lamy mit der Verhandlungsführung auf der WTO-Ministerkonferenz von Seattle zu beauftragen. Sein Mandat lautet zusammengefasst: Die forcierte Liberalisierung des Handels geht klar, aber einige Klauseln zum Schutz kultureller Vielfalt, zum Vorsorgeprinzip und zum Dialog mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über soziale Mindeststandards müssen schon sein. Also: Der Freihandel bleibt die Regel, Einschränkungen die Ausnahme. Dabi bietet die katastrophale Bilanz der vor fünf Jahren in Marrakesch unterzeichneten Abkommen hinreichend Anlass, die Grundprinzipien der WTO generell in Frage zu stellen. Die EU verweigert eine solche Revision, doch Millionen Bürger in aller Welt klagen sie ein und wollen sich in Seattle selbst Gehör verschaffen.

Von SUSAN GEORGE *

* Präsidentin des Observatoire de la mondialisation (Paris), assoziierte Direktorin des Transnational Institute (Amsterdam), neueste Veröffentlichung: "The Lugano Report. On Preserving Capitalism in the Twenty-first Century", London (Pluto Press) 1999.

Die am 30. November in Seattle beginnende WTO-Ministerkonferenz präsentiert sich scheinheilig als harmlose Verhandlungsrunde über den internationalen Waren- und Dienstleistungshandel, in der eben jede Seite Zugeständnisse machen müsse. Schon beim Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) wollte man uns weismachen, es handle sich bloß um einige juristische und technische Regelungen ohne große Konsequenzen. Doch damit kann man uns heute nicht mehr kommen. Deshalb wird es zu riesigen Demonstrationen kommen, die den Verhandlungsteilnehmern aus 134 Ländern und den Lobbyisten der multinationalen Unternehmen einen angemessenen Empfang bereiten werden. In Europa stießen bereits der Bananenstreit und die Versuche der US-Industrie, den Markt mit hormonbehandeltem Rindfleisch und genetisch veränderten Organismen zu überschwemmen, auf wenig Gegenliebe. Diese Versuche trugen vielmehr dazu bei, weite Teile der Öffentlichkeit gegen die Tyrannei dieser internationalen Organisation zu mobilisieren, die sich als höchste Instanz über allen begreift. Wie konnte es dazu kommen? Am Anfang stand das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt), in dessen Rahmen die Unterhändler der Mitgliedstaaten seit 1947 unauffällig an der schrittweisen Senkung der Importzölle arbeiteten. Im April 1994 waren ihre jahrelangen Bemühungen schließlich von Erfolg gekrönt. Zum Abschluss der von 1986 bis 1993 dauernden Uruguay-Runde unterzeichneten die Mitgliedstaaten in Marrakesch die Gründungsurkunde der Welthandelsorganisation, ein achthundertseitiges Vertragswerk mit mehreren tausend Seiten Anhängen, das mit seinen Sanktionsmechanismen einen weit verbindlicheren Rahmen vorgibt als das schwachbrüstige Gatt-Abkommen.

Die Lobbyisten der transnationalen Unternehmen, die seit Jahren die offiziellen Verhandlungsdelegationen betreuen, rieben sich heimlich die Hände: Mit der WTO verfügen sie nun endlich über das ideale Instrumentarium, um den Globalisierungsprozess voranzutreiben und allen - nunmehr auf Objekte des Handelsverkehrs reduzierten - menschlichen Tätigkeiten neue Regeln, ihre Regeln vorzuschreiben.

Die WTO, die im Unterschied zum Gatt den Status einer internationalen Organisation besitzt, zählt 134 Mitgliedstaaten, etwa 30 weitere Länder haben Beobachterstatus.

Im Vergleich zur Weltbank oder zum Internationalen Währungsfonds (IWF) ist das WTO-Sekretariat mit seinen 650 Mitarbeitern personell eher bescheiden ausgestattet. Es residiert in demselben Genfer Gebäude wie das alte Gatt. Der neue Generaldirektor, dessen Nominierung von ebenso heftigen wie peinlichen Auseinandersetzungen begleitet war, heißt Mike Moore. Der neuseeländische Neoliberaler wird in drei Jahren von seinem glücklosen Mitbewerber, dem Thailänder Supachai Panitchpakdi, abgelöst, der die zweite Hälfte der sechsjährigen Amtszeit ableisten wird.

Das weitläufige WTO-Gebäude am Genfer See beherbergt außer dem Gatt-Sekretariat, das nach wie vor für die Liberalisierung des Warenverkehrs zuständig ist, ein gutes Dutzend weiterer Sekretariate für andere Abkommen. Zu den wichtigsten gehören das Abkommen über den Agrarhandel, das Allgemeine Abkommen über den Dienstleistungshandel (**Gats**), das mehr als 160 Sektoren und Untersektoren umfasst, darunter auch den Bildungs-, Gesundheits- und Umweltbereich(1), das Trips-Abkommen, das "handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums" regelt (einschließlich der Patentierung von Mikroorganismen und mikrobiologischen Herstellungsprozessen), sowie das Trims-Abkommen über "handelsbezogene Investitionsmaßnahmen".

■ Auf dem Weg zum Welt-Wirtschaftsgerichtshof

EINES der Hauptziele der WTO, die Beseitigung "nichttarifärer Handelshemmnisse", ist in zwei Übereinkommen festgelegt, die sich nur scheinbar mit technischen Fragen beschäftigen. Mit den Abkommen über technische Handelshemmnisse (TBT) und die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS) verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten zur (wie es im Jargon heißt) "Harmonisierung" der umwelt-, gesundheits- und verbraucherrechtlichen Normen und Bestimmungen. Praktisch läuft diese Harmonisierung auf die Etablierung von Minimalstandards hinaus, so dass die Mitgliedstaaten ihre nationale Gesetzgebung in absehbarer Zeit auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zurückschrauben müssen, unter völliger Missachtung des Vorsorgeprinzips. Wer die Einfuhr bestimmter Produkte verweigert, weil sie die Gesundheit der Bevölkerung gefährden oder die Umwelt zerstören, muss seine Befürchtungen wissenschaftlich begründen. Der Hersteller hingegen braucht nicht zu beweisen, dass seine Produkte für Mensch und Umwelt unbedenklich sind. Eine grundsätzliche Streitfrage zwischen WTO und Mitgliedstaaten wird daher sein, wem die Beweislast zufällt und was geschehen soll, wenn die Wissenschaft an ihre Grenzen stößt und nicht alle Zweifel ausräumen kann.

Die Krönung des ganzen Vertragswerks bildet das berüchtigte Streitbeilegungsorgan (*Dispute Settlement Body*, abgekürzt DSB), aus dem sich sowohl die exekutive als auch die judikative Macht der WTO ableitet. Zu Zeiten des Gatt hatte die Verhängung von Sanktionen gegen ein Land, das gegen die Gatt-Regeln verstoßen hatte, noch einen einstimmigen Beschluss vorausgesetzt, dem auch der vertragsbrüchige Staat zustimmen musste. Kein Wunder, dass es der Organisation an Autorität fehlte. Mit der WTO kehrt sich der Abstimmungsmodus um. Jetzt herrscht eiseme Disziplin: Wenn der DSB Sanktionen verhängt, kann ihre Nichtanwendung nur beschlossen werden, wenn alle Länder zustimmen, einschließlich des Klägerstaates. Daher gibt es keine rechtliche Handhabe gegen den Beschluss der Vereinigten Staaten, Roquefort, Gänseleber, Dijon-Senf und andere französische Spezialitäten mit prohibitiv hohen Strafimportzöllen zu belegen. Und wenn die Europäer sich trotz WTO-Beschluss weigern, hormonbehandeltes Rindfleisch einzuführen, so können sie das zwar tun, müssen den USA und Kanada aber die Gewinneinbußen ersetzen. Dabei bleibt es der Entscheidung des Beschwerde führenden Landes überlassen, gegen welche Erzeugnisse es seine "Vergeltungsmaßnahmen" richtet, um den widerspenstigen Gegner womöglich zum Einlenken zu bewegen.

Die "Sachverständigen" der einzelnen WTO-Panels, die bisher über 170 Streitigkeiten beigelegt haben, werden auf undurchsichtige Weise nominiert. Die Namen dieser Expertenrunden, die hinter verschlossenen Türen tagen, bleiben geheim, Fachleute von außerhalb werden nicht hinzugezogen. Über den Fortgang der Verhandlungen erfährt man so gut wie nichts, nur dass sie erstaunlich schnell zum Abschluss kommen: Die Entscheidungsfindung dauert oft nur zwölf Monate, jedoch nie länger als anderthalb Jahre.

Kanada als weltgrößter Hersteller von Asbestprodukten durfte dank dieses Arbeitstempos hoffen, die Europäer alsbald wieder zur Einfuhr der Krebs erregenden Substanz zwingen zu können: Die Entscheidung sollte Anfang Dezember fallen, pünktlich zur Eröffnung der Ministerkonferenz von Seattle. Nun wurde sie seltsamerweise auf März 2000 verschoben.

Mit ihrem Streitbeilegungsorgan hat die WTO einen veritablen internationalen Wirtschaftsgerichtshof geschaffen, dessen Rechtsprechung und Gerechtigkeitsvorstellung die bestehenden nationalen Gesetzgebungen immer nur als Handelshemmnisse betrachtet und alle umwelt-, sozial- und gesundheitspolitischen Rücksichten als sachfremde Kriterien verwirft.

Damit hält sich die WTO freilich nur an die Grundprinzipien, die ihr ganzes Handeln bestimmen. Die Meistbegünstigungsklausel etwa fordert, ähnliche Erzeugnisse aus verschiedenen Ländern gleich zu behandeln. Auf diese Bestimmung stützte sich die WTO bei ihrer Entscheidung zum Bananenstreit und bestritt der Europäischen Union damit faktisch das Recht auf eine eigenständige Außenpolitik. Eine

Banane sei eine Banane, ob sie nun aus Lateinamerika komme oder aus den ehemaligen europäischen Kolonien, den so genannten AKP-Staaten. Das Lomé-Abkommen ist nur noch Makulatur.

Die "Bananenklage" hatten - auf Rechnung von Chiquita Brands, Ex-United Fruit - die Vereinigten Staaten eingereicht (in diesem Land gibt es bekanntermaßen riesige Bananenplantagen!). Ähnliches droht bei Rum und Zucker, die ebenfalls Gegenstand des Lomé-Abkommens sind.

Das WTO-Prinzip der Inländerbehandlung untersagt jede Diskriminierung ausländischer Erzeugnisse, auch wenn das Empfängerland mit den menschlichen oder ökologischen Bedingungen ihrer Herstellung nicht einverstanden ist. Anders gesagt, die "Produktionsprozesse und -methoden" dürfen kein Kriterium der Importverweigerung sein. Einzige Ausnahme bilden Erzeugnisse, die von Gefangenen hergestellt werden. Kriterien wie nachhaltige Entwicklung oder Einhaltung der Menschenrechte sind hingegen rechtswidrig: Ob der Handelspartner diese Normen beachtet oder nicht, darf ihm nicht zum Vor- bzw. Nachteil gereichen. Artikel IX über die "Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen" bestraft Quotenregelungen ebenso wie den Vorbehalt von Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen. Es liegt auf der Hand, dass sich mit dieser Bestimmung zahlreiche multilaterale Abkommen im Bereich des Umweltschutzes und der sozialen Rechte aushebeln lassen.

Wie soll man unter diesen Umständen noch den Handel mit bedrohten Arten oder mit giftigen Abfällen unterbinden, wie in Zeiten der Nahrungsknappheit den Export von Getreide beschränken, oder angesichts zerstörter Wälder die Ausfuhr von Holz verbieten? Mit den Abkommen über die Beseitigung "technischer Handelshemmnisse" und über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen wird dies immer schwieriger werden. Eine Unmenge von nationalen Normen, Regeln und Gesetzen könnten so zum bloßen "Handelshindernis" abqualifiziert werden.

Dies sind nur einige der Fallen, die uns auf dem Weg zum nächsten Treffen der höchsten WTO-Entscheidungsinstanz erwarten, der Ministerkonferenz von Seattle. Die Tagesordnung der anstehenden Verhandlungen - eine Überprüfung der Abkommen zum Agrar- und Dienstleistungshandel sowie zum Schutz des geistigen Eigentums - wurde bereits auf den Ministerkonferenzen von Marrakesch 1994, Singapur 1996 und Genf 1998 festgelegt. Darüber hinaus steht in Seattle die Entscheidung an, was in der Millennium-Runde - den pompösen Titel hat Sir Leon Brittan der nächsten Verhandlungsetappe verliehen - konkret erreicht werden soll.

Nach den bisherigen Planungen soll innerhalb der nächsten drei Jahre ein allgemeines Abkommen zur Unterzeichnung kommen. Die Verhandlungen sollen den Liberalisierungsprozess vorantreiben und - das ist oberstes Gebot der WTO - jeden Rückfall hinter den bisher erreichten Stand verhindern. Aus diesem Grund zögern die Vereinigten Staaten, das Trips-Abkommen und die kontroverse Frage der genetisch veränderten Organismen erneut auf den Verhandlungstisch zu bringen, zumal sich die afrikanischen Länder in einem beispiellosen Antrag an das WTO-Sekretariat gegen die Patentierfähigkeit von Lebewesen ausgesprochen haben.

Zwischen der Cairns-Gruppe, einem Zusammenschluss der Hauptagrarexportländer unter Führung der Vereinigten Staaten, und dem als "zu protektionistisch" geltenden Tandem Europa-Japan bahnt sich ein hartnäckiges Seilziehen an. Nach Ansicht der Cairns-Gruppe sind landwirtschaftliche Erzeugnisse nichts anderes als Waren und müssten daher, wie alle anderen Waren auch, dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden. Die Europäische Union besteht dagegen auf der "Multifunktionalität" der Landwirtschaft, die neben ihrer Produktionsfunktion auch die Artenvielfalt, die Umwelt und das bäuerliche Leben zu schützen habe.(2) Die amerikanischen Produzenten wiederum drängen ihre Regierung zu "energischem Widerstand gegen jeden Versuch, das Konzept der Multifunktionalität einzuführen"(3).

Noch ist nicht bekannt, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Bereiche des Dienstleistungs-Abkommens auf den Tisch kommen. Bei dem Wort "horizontal" sollten jedoch die Alarmglocken schrillen, denn im WTO-Jargon bedeutet dies, dass jede in einem Bereich angenommene Liberalisierungsmaßnahme auch in allen anderen Sektoren anzuwenden ist. Eine Bestimmung zur Liberalisierung im Banken- und Versicherungsgewerbe etwa würde demnach auch für den Bildungs- und Gesundheitsbereich gelten.

Abgesehen von den unterschiedlichen Zielen der WTO-Staaten hat die Wirtschaft ihre eigenen Prioritäten. Die Amerikanische Vereinigung der Dienstleistungsindustrien (USCSI) will schwerpunktmäßig die Bereiche Vertrieb, Finanz, Informationstechnologien, Telekommunikation, Tourismus und Gesundheit behandelt wissen. Die Europäische Gruppe führender Dienstleister (ESLG) unter Leitung des Chefs der Barclays Bank beschäftigt sich hingegen mit 21 Sektoren des

Dienstleistungsgewerbes. Zu ihrer Unterstützung hat die Brüsseler Kommission eigens ein elektronisches System eingerichtet, mit dessen Hilfe die "europäischen Verhandlungspartner rasch die Meinung der Industrie einholen können"(4).

Die Amerikanische Vereinigung der Energie-Dienstleister hat die US-Handelsbeauftragte und Verhandlungsführerin Charlene Barshevsky aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Energiebereich in das Dienstleistungs-Abkommen aufgenommen wird. Angesichts eines Gesamtumsatzes von mehreren hundert Milliarden Dollar steht zu befürchten, dass sich die 27 Mitglieder der Vereinigung in Seattle durchsetzen werden. Als "potentielle Gegner"(5) wurden bereits Brasilien, Frankreich und Norwegen ausgemacht, die die Energieversorgung weiterhin in staatlicher Hand belassen wollen.

Ob zu den angeblich schon feststehenden Verhandlungsthemen von Seattle (Agrarhandel, Dienstleistungen, geistiges Eigentum) noch weitere hinzukommen, bleibt abzuwarten. Die Europäer drängen auf möglichst umfassende Verhandlungen und wollen auch die Punkte Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, "Handelserleichterungen", Wettbewerbspolitik, Umweltschutz, Arbeitsrecht und den Sonderstatus der südlichen Länder auf den Tisch bringen. Sie erhoffen sich davon eine ausgewogenere Kräftebalance, um den Druck Washingtons im Agrarbereich reduzieren zu können.

■ Eine Agenda ohne die Länder des Südens

DIE amerikanischen Unterhändler hingegen möchten über die Investitionen vorerst nicht debattieren - offenbar aus Vorsicht, oder vielmehr aus Angst, die Bürgerbewegung zu neuem Leben zu erwecken, die im Oktober 1998 das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) zu Fall gebracht hat. Auch mit einem gut geschnürten Dienstleistungs-Abkommen, das ein Recht auf umfassende geschäftliche Präsenz vorsieht, lassen sich für die Investoren beachtliche Vorteile ausschlagen. Den Markt der elektronischen Datenübermittlung möchten die Amerikaner ebenfalls ausklammern: In diesem Bereich gibt es noch keinerlei Regulierungsmaßnahmen und keinerlei Zollschränken, und so soll es ihrer Meinung nach auch bleiben. Das öffentliche Beschaffungswesen, das in den meisten Ländern rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ist natürlich eine profitträchtige Angelegenheit, die man von US-Seite gern auf der Tagesordnung sehen würde. Möglicherweise werden sich die USA jedoch mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zufrieden geben müssen. Aber auch für die Liberalisierung gilt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Nicht nachgeben werden die USA bei der so genannten ATL-Initiative, die über einen "beschleunigten Zollabbau" für acht verschiedene Warensorten einen Nulltarif anstrebt. Neben Schmuck, Spielzeug und medizinischen Apparaturen enthält die Liste beunruhigenderweise auch forstwirtschaftliche und Fischereierzeugnisse. In den letztgenannten Bereichen würden Nulltarife die Zerstörung nicht erneuerbarer Ressourcen beschleunigen. Washington wird in dieser Angelegenheit von sämtlichen Mitgliedern des Asien-Pazifik-Forums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Apec) unterstützt, deren Anteil am Welthandel bei 60 Prozent liegt. Da verwundert es nicht, dass die ATL-Initiative zur Gründung einer weiteren Unternehmensvereinigung Anlass gab: der "ATL Coalition", die zu ihren Mitgliedern unter anderem Dow, Dupont, Kodak, General Electric und die American Forest and Paper Association zählt.(6) Und wo bleiben bei alledem die Länder des Südens? Die Europäische Union wird nicht müde zu wiederholen, dass diese Länder besondere Aufmerksamkeit verdienen. Ob diesen edlen Worten auch Taten folgen werden, bleibt abzuwarten. Vorerst jedenfalls sind viele Länder des Südens noch nicht einmal durch einen Handelsbeauftragten bei der WTO vertreten. Bedauerlich ist auch, dass sie für ihre Konzessionen oft keinerlei Gegenleistung erhielten, etwa im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie. Ihr vorrangiges Ziel ist daher, dass die Industrieländer ihre in der Uruguay-Runde eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Danach wäre es an der Zeit, weitere Sachfragen zu erörtern. Die zaghaften Ansätze der Vereinigten Staaten und der EU-Länder, über ökologische und soziale Klauseln - insbesondere die Achtung grundlegender ILO-Konventionen - zu sprechen, machen die südlichen Länder misstrauisch. Sie sehen darin nur einen versteckten Protektionismus, der die einzigen realen Vorteile der armen Länder zunichte machen könnte.

Die internationale Bürgerbewegung, die das MAI zu Fall brachte, hat schon kurz nach diesem Erfolg die Welthandelsorganisation in ihr Visier genommen - als eine grundsätzlich undemokratische Institution, die unter dem Generalverdacht der Freiheits- und Umweltzerstörung steht. Von den Verfechtern des Freihandels wurde diese Bewegung immer wieder beschuldigt, sie wolle die Welt in die dreißiger Jahre, in die Zeit der Handelskriege, wenn nicht des militärischen Kriegs zurückprotestieren. Dem hielten die Protestierer stets entgegen, dass der internationale Handel zwar durchaus Regeln brauche, aber eben nicht die der WTO. Das Wirtschaftsvölkerrecht habe sich anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen -

der Erklärung der Menschenrechte, den multilateralen Umweltschutzabkommen und den internationalen Arbeitsschutz-Konventionen - unterzuordnen. Die Wirtschaft müsse im Dienst der Bürger und ihrer natürlichen Umwelt stehen, und nicht umgekehrt. In einem Satz: Wer die Liberalisierung zu weit treibt, vernichtet die Libertas.

Mehr als 1 200 Organisationen aus 85 Ländern fordern, die Rechtsprechungsbefugnisse der WTO nicht auf neue Bereiche auszudehnen und die laufenden Verhandlungen so lange einzufrieren, bis Arbeitsergebnisse und Funktionsweise der Organisation untersucht und offen gelegt sind - und zwar unter gleichberechtigter Beteiligung der Bürger. Eine historische Wende im Prozess der "Globalisierung" bahnt sich an: Millionen Menschen beschäftigen sich, auf nationaler wie internationaler Ebene, mit einem Thema, das nur scheinbar rein technisch, überkompliziert und für ihren Alltag folgenlos ist. Mehrere tausend von ihnen werden in Seattle sein, wo die größte Demonstration in den USA seit dem Demokratischen Parteitag von Chicago im Jahr 1968 erwartet wird.

Die Verhaltensmaßregeln, die die Organisatoren den Demonstranten mit auf den Weg geben, sind klar und deutlich: keine Gewalt gegen Personen oder Sachen, keine Drogen, kein Alkohol, immer in der eigenen fünf- bis zwanzigköpfigen "Bezugsgruppe" bleiben, klare Verantwortlichkeiten im Fall von Verhaftungen und Provokationen. Ein Rechtsanwaltskollektiv steht bereit, um bei Verhaftungen einzugreifen, was angesichts der Mobilisierung der Ordnungskräfte durchaus nötig erscheint. Die Geheimdienste, das FBI, diverse sonderpolizeiliche Organe und die örtlichen Polizeikräfte wollen ein gigantisches Aufgebot gegen diesen fröhlich lärmenden Umzug auffahren, die nur mit Teach-ins und Straßentheater, mit Spruchbändern und dem Erklettern von Gebäuden operieren wollen.

Und alle werden sich in dem Gefühl einig sein: Wir müssen füreinander einstehen und kämpfen, wenn wir nicht alle am Ende die Verlierer sein sollen. Der Bauer wird sich deshalb nicht nur für seine Landwirtschaft interessieren, der Filmemacher nicht nur für seine Filme, der Verbraucher nicht nur für seine Gesundheit. Es gibt kein isoliertes Problem, seien es hormonbehandelte Rinder oder Bananimporte, gefährdete kulturelle Vielfalt oder Patentierbarkeit von Lebewesen. Es gibt nur ein Problem namens WTO.

dt. Bodo Schulze

Fußnoten:

- (1) Siehe die Aufzählung in Susan George, "Das europäische Haus ohne Hüter", *Le Monde diplomatique*, Juli 1999.
- (2) Dazu Fosé Bové, "Pour une agriculture paysanne", *Le Monde diplomatique*, Oktober 1999.
- (3) Brief der US Wheat Associates an die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshevsky, 23. Juli 1999.
- (4) "GATS 2000: Opening Markets for Services", undatiertes Dokument der Europäischen Kommission (GD I).
- (5) Brief der Amerikanischen Vereinigung der Energie-Dienstleister an die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshevsky, 11. Juni 1999; "U.S. to press for new energy agenda in services negotiation", *Inside US Trade*, Washington/DC, 11. Juni 1999.
- (6) Brief der ATL Coalition an die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshevsky, 6. August 1999. *Le Monde diplomatique* Nr. 5989 vom 12.11.1999, Seite 1,16, 655 Dokumentation, SUSAN GEORGE

Linksruck Nr. 110, 1. Juni 2001

GATS

Was dahintersteckt

Wer profitiert

Es ist nicht schwer, etwas über das GATS zu erfahren. Vorausgesetzt man weiß, dass es ein GATS gibt. Eine Mauer des Schweigens wurde um dieses internationale Abkommen gelegt. Hinter dieser schützenden Mauer verkaufen unsere Regierungen den öffentlichen Dienst an milliardenschwere Multis.

Wenn sie, liebe LeserInnen, in Bolivien leben würden, wüssten sie, warum jeder über das GATS besorgt sein sollte.

Frühjahr 2000, die südamerikanischen Stadt Cochabamba. Auf Druck der Weltbank hat die bolivianische Regierung gerade die städtische Trinkwasserversorgung an eine amerikanische Firma verkauft. Alles geschähe im Interesse der "Effizienz", wie man den Menschen versichert.

Aber kaum weht die Fahne des amerikanischen Konzerns über dem, was einst öffentliches Eigentum war, lernen die Städter, was "Effizienz" bedeutet. Nur wenige Wochen nach der Übernahme müssen einige Familien schon ein Drittel ihres Einkommens für ihren Wasserverbrauch aufwenden – mehr als für ihre tägliche Ernährung. Einen Ausweg gibt es nicht. Der Staat verbietet den Menschen sogar, Regenwasser aufzufangen.

Also gehen die Cochabambaner im April auf die Straße – zu Hunderten, später zu Tausenden. Tränengas wird eingesetzt, der Ausnahmezustand ausgerufen. Das Profitinteresse eines einzelnen Konzerns beherrscht das Leben der Stadt.

Aber die Menschen geben nicht auf. Als das Militär einem 17-jährigen Jungen auf einer Demonstration das Gesicht wegschießt, kommt die Wende. Die Trinkwasserversorgung wird wieder in die öffentliche Hand übergeben.

Ein Sieg für die Menschen. Aber ein Sieg, der unter Belagerung steht.

Was in Cochabamba geschah, soll sich weltweit wiederholen. Und mehr als das. Der Belagerungsring um Cochabamba, und jede andere Stadt auf diesem Planeten, ist das GATS.

Seit Februar vergangenen Jahres laufen die Verhandlungen um die Verschärfung des GATS. Sie haben bisher wahrscheinlich noch nichts davon gehört. Das ist auch beabsichtigt. Die Verhandlungen gehen weiter, still und heimlich.

GATS, das steht für "General Agreement on Trade in Service" – "allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen". Das GATS ist ein internationales Abkommen der Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation, und besteht seit 1995. Über hundert Staaten der Welt haben sich geeinigt, einen Teil ihres öffentlichen Dienstes zur Privatisierung freizugeben.

Das Besondere am GATS: Das Vertragswerk beinhaltet die Verpflichtung, die Verhandlungen fortzuführen, und seine Reichweite zu vergrößern. Die Verhandlungen laufen ständig weiter, hinter den verschlossenen Türen des *Büroturms* der Welthandelsorganisation in Genf.

Das Ziel der derzeit laufenden Verhandlungen ist, kurz gesagt, den öffentlichen Dienst privaten Konzernen zu öffnen – ohne Ausnahmen, und weltweit. Man könnte sogar sagen, den Sinn und Zweck des öffentlichen Dienst, ein Dienst am Menschen ohne Profitgedanken, für illegal zu erklären.

Eine stille Lobbymaschine ist angelaufen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die treibenden Kräfte sind die amerikanische Koalition der Dienstleistungsunternehmen und ihr europäischer Zwilling, das Europäische Dienstleistungsforum – European Services Forum, ESF. 47 Firmen tummeln sich im europäischen Lobbyverband, darunter die Allianz, Telekom, Daimler-Chrysler und Bertelsmann. Sogar die öffentlich-rechtliche ARD.

Bevor die Verhandlungen begannen, fragten die amerikanische Regierung und die EU ihre Lobbyverbände, an welchen Bereichen sie denn Interesse hätten. Die entstandene Liste ist alles andere als kurz: die Gesundheitsversorgung, das Bildungswesen, die Trinkwasserversorgung, die Energieversorgung, Umweltschutzmaßnahmen. Weiterhin Museen, Rundfunk, Bibliotheken, Kindergärten, und so weiter.

Als die profitabelsten Bereiche schälen sich heraus, die Gesundheitsversorgung, ein 3,5 Billionen Dollar Markt weltweit, der Bildungsbereich, zwei Billionen Dollar jährlich, und die Wasserversorgung, mit einer Billion.

Das markiert eine Wende. Der Zugang zu Trinkwasser, die Gesundheitsversorgung sollen nicht mehr als Menschenrechte angesehen werden. Wasser und medizinische Versorgung sollen zu einer Ware werden.

Viele Länder der Dritten Welt wurden von Internationalen Währungsfonds bereits dazu gezwungen, Teile ihres öffentlichen Dienstes freizugeben, darunter die Trinkwasserversorgung.

Über eine Milliarde Menschen, die in der Dritten Welt leben, können kein sauberes Wasser mehr trinken. Menschen leiden, während eine Handvoll Firmen Profite einstreicht.

Täglich sterben über fünf Millionen an Krankheiten, die durch brackiges Trinkwasser übertragen werden. Die meisten Opfer sind Kinder.

Auch in England wurde die Wasserversorgung bereits verkauft. Die Konzerne erhöhten die Preise um bis zu 40 Prozent, und verdoppelten so ihren Gewinn. Sie sparten auch beim Umweltschutz. In England gibt es heute keine Wasserschutzgebiete mehr.

Kaum jemand weiß, dass hinter der derzeit ablaufenden Privatisierungswelle in Deutschland, das GATS, oder zumindest der vorausseilende Gehorsam der rot-grünen Regierung steht. Wohlgermerkt: Die Massenentlassungen nach der Privatisierung der Deutschen Bahn fanden in einem Dienstleistungssektor statt.

Vor acht Monaten gab das Bundeswirtschaftsministerium ein Gutachten in Auftrag, das die "Chancen" zur "Markttöffnung" der Trinkwasserversorgung ausleuchten sollte. Das Ergebnis: Die Wasserwirtschaft soll privatisiert werden.

Das neue GATS wird nicht nur den bisherigen Handlungsspielraum der Konzerne erweitern, sondern es ihnen auch leichter machen, sich den öffentlichen Dienst unter den Nagel zu reißen.

Die Vorschläge beinhalten einen "Notwendigkeitstest", der die Beweislast umdreht. Die Regierungen, sollen zukünftig nachweisen müssen, dass alle ihre Gesetze und Vorschriften auf keinen Fall handelsbeschränkend sind. Wenn sie nicht beweisen können, einen Dienst ebenso "effizient" bereitzustellen, muss privatisiert werden.

Das ist das Ende des Dienstes am Menschen, ohne Profitgedanken.

Das neue GATS wird ausserdem vorschreiben, dass die privaten Dienstanbieter Zugang zum Geld der öffentlichen Hand bekommen. Die Konzerne würden direkt mit unseren Steuergeldern Profit machen, auf Kosten unserer Lebensqualität.

Das GATS ist schon heute weitreichend. Über vierzig Länder, darunter Deutschland, haben ihr Bildungswesen im GATS zur Privatisierung freigegeben. Über einhundert Länder haben dasselbe mit ihrer Gesundheitsversorgung getan.

Ende 2002 werden diese Verschärfungen bittere Realität werden – wenn wir nichts dagegen unternehmen.

G7 – Motor des GATS

Die G-7 sind der treibende Motor hinter der neoliberalen Globalisierung, und damit auch hinter dem GATS.

G-7 ist ein Kürzel für die sieben reichsten Industrienationen – USA, Kanada, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien.

Sie haben sich Institutionen geschaffen, die für sie die Globalisierung durchsetzen. Allen voran die Welthandelsorganisation.

John Kirton, ein G-7 naher Autor, schrieb: *"Der G-7 Gipfel, der 1993 in Tokio stattfand, brachte das Marktzugangsabkommen hervor, das den entscheidenden politischen Anstoß dazu gab, die Uruguay-Runde über das GATT und das GATS zu vollenden, und die WTO zu gründen."*

Die Welthandelsorganisation (WTO) wurde 1995 als Abschluss der Uruguay-Runde aus der Taufe gehoben. 134 Staaten sind Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Aber beherrscht wird sie von einem kleinen, auserwählten Club, den Quads. Die Quads sind die USA, die EU, Japan und Kanada, also wieder nichts weiter als die G-7. Sie sind diejenigen, die als einzige die Tagesordnung der Verhandlungen innerhalb der WTO bestimmen können.

Innerhalb der WTO gibt es sogenannte "inbuilt agendas" – festgelegte Tagesordnungen. Das sind Abkommen, die ständig neu verhandelt werden müssen. Dazu gehören unter anderem das TRIPs, Abkommen über geistiges Eigentum, das AoA, Abkommen über Agrarhandel, und vor allem das GATS.

Die abschließende Erklärung des G-7 Gipfels in Halifax 1995, enthält folgende Passage: "Wir begrüßen die letzte GATS-Übereinkunft ..."

Diese Gipfel finden jährlich statt. Die Tagesordnungen sind geheim. Dieses Jahr treffen sich die G-8, die G-7 plus Russland, in Genua, vom 20. bis 22. Juli. Rund 100.000 Gegendemonstranten werden erwartet. Wir müssen diesen Protest mit aufbauen.

“Wenn die andere Seite den Einsatz erhöht, müssen wir den Einsatz auch erhöhen”

von Lindsey German; sie ist führendes Mitglied der britischen Organisation Socialist Workers Party und Herausgeberin des Socialist Review

In einer bestimmten Phase jeder Befreiungsbewegung müssen jene, die in unserer Gesellschaft die Macht verwalten, versuchen, die Bewegung mit dieser Macht zu zerbrechen. Manchmal sind sie erfolgreich, und die Drohung mit Gewalt, Gefängnis oder sogar dem Tod spaltet die Bewegung und isoliert sie. Aber zu anderen Zeiten scheint es, als ob nichts die Bewegung aufhalten könne. Die Repression ruft Angst, Wut und Verwirrung bei den AktivistInnen hervor, aber mehr als das bestätigt sie das Gefühl, dass sie im Recht sind und sich weiterhin organisieren müssen. Dies trifft mit Sicherheit auf die Wochen vor dem 21. Juli in Genua zu. Die Demonstranten wurden mit allen Arten von Hindernissen und Drohungen konfrontiert. Verkehrsverbindungen wurden geschlossen, und das gesamte Stadtzentrum von Genua wurde in eine extraterritoriale Kampfzone verwandelt. Die örtlichen Polizeikräfte wurden um das Zehnfache verstärkt.

Das Ergebnis war ein Toter, viele brutal Verprügelte und Verwundete und hunderte Inhaftierte. Aber die Polizeiaktionen waren nur Teil einer zunehmenden Repression, die mit dem Wachstum der anti-kapitalistischen Bewegung einhergeht. Genua war die größte und blutigste Konfrontation, aber es ist klar, dass unsere Regierungen international vereinbart hatten, der Bewegung entgegenzutreten. Freiheitsbeschränkungen und Polizeibrutalität folgten überall – zuletzt in Göteborg- als Antwort auf die wachsende Flut von Demonstrationen seit Seattle vor fast zwei Jahren.

Welche Reaktionen hat es auf diese Entwicklungen gegeben? Es ist keine Frage, dass die Erschießung Carlo Giuliani am Freitag der Mobilisierung für die Massendemonstration in Genua am Samstag alles andere als geschadet hat – tatsächlich war das genaue Gegenteil der Fall. Die Demo war mit 300.000, größtenteils italienischen Beteiligten viermal so groß wie Seattle. Andere Protestdemonstrationen gegen die Repression und den Tod Giuliani zogen Zehntausende in Städten quer durch Italien an. Im Gespräch ist eine Massendemonstration in Rom im November.

Aber nicht alle haben so reagiert. Viele, die in den letzten Jahren an der anti-kapitalistischen Bewegung gearbeitet haben, waren erschüttert von den jüngsten Ereignissen und haben sich von ihren früheren Positionen zurückgezogen. Susan George berichtet von ihren Sorgen, Menschen auf Demonstrationen zu schicken, wo sie Leib und Leben riskieren. Drop the Debt zog sich am Vorabend von der Samstagsdemonstration zurück, weil man Gewaltausbrüche befürchtete. Sogar die Tute Bianche sind verstört, weil sie an dem Tag nicht durchbrechen konnten. Hinter all diesen Problemen liegt das Unverständnis verschiedener Gruppen, was die Entwicklung und Veränderung der Bewegung angeht. Die Gefahr besteht nun, dass einige AktivistInnen alte Taktiken aufgeben, ohne sie durch neue zu ersetzen.

Aber noch jede Bewegung ist irgendwann auf solche Hindernisse gestoßen. Die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA der 60'er Jahre hatte sich der Gewaltfreiheit verschrieben. Aber sie traf auf scharfe Repression, Gewalt und Rassismus. Diese hätten sie erdrücken können, aber stattdessen fuhr die Bewegung fort und radikalisierte sich, bis in den späten 60'ern einige Schwarze das ganze System in Frage stellten und Zugeständnisse, die noch ein paar Jahre vorher die Bewegung befriedet hätten, niemandem mehr genügten.

Wir müssen diese Lehren heute wieder lernen. Gewaltfreie direkte Aktion kann sehr effektiv sein. Aber wenn die andere Seite den Einsatz erhöht – indem sie z.B. wie in Genua scharfe Munition einsetzt – dann müssen wir den Einsatz auch erhöhen. Ein Weg, dies zu tun, scheint, dass wir uns stärker militarisieren und besser ausrüsten – eine verständliche Reaktion, aber letztlich eine ausweglose, sobald nämlich eine kapitalistische Macht ihre ganze Staatsmaschinerie zum Einsatz bringt. Eine andere Reaktion ist der Rückzug und die Vermeidung von Konfrontationen – aber das bedeutet, die Straße den Mächtigen zu überlassen, statt sie im Protest einzunehmen. Die dritte Antwort lautet, die Mobilisierung zu verbreitern und zu vertiefen. Das kann zwei positive Auswirkungen haben: zum einen können wir auf die Weise so viele Menschen auf die Straße bringen, dass es unmöglich wird, gegen sie alle vorzugehen. Am 21. Juli bedeutete die große Zahl der Demonstranten, dass viele friedlich und erfolgreich protestieren konnten – obwohl die Polizei an einer Minderheit grausame Rache nahm für die Größe und den Erfolg der Demonstration. Der andere Effekt wäre, dass die Staatsgewalt mit einer alternativen Macht konfrontiert

würde. Dazu müssen wir uns der Macht der organisierten Arbeiterschaft zuwenden. Es gibt zwei hauptsächliche Machtzentren in der kapitalistischen Gesellschaft: das Waffen- und Gewaltmonopol von Polizei und Armee, und die Kontrolle über die Arbeitsplätze, wo der Wohlstand produziert wird. Beide befinden sich gegenwärtig in den Händen der herrschenden Klasse. Aber Arbeiter können diese Macht herausfordern, indem sie sich dort, wo sie arbeiten, kollektiv organisieren und so anfangen, Macht von der Kapitalistenklasse zurückzuerobieren.

Deshalb ist das internationale Wiedererstarken der Arbeiterbewegung seit Genua so wichtig. Die entscheidende Aufgabe ist es jetzt, die Verbindungen zwischen der Bewegung der Arbeiterklasse und den anderen Protesten zu stärken.

Das WTO-Treffen in Qatar sollte in jedem Land mit riesigen Demonstrationen begrüßt werden, und überall, wo sie Erfolg versprechen, mit Arbeitsniederlegungen in Unternehmen, Universitäten und Schulen. Wir müssen die Strategie der Bewegung jetzt gezielt auf Aktionen in der Industrie ausrichten. Unser Motto muss werden: “Wenn sie eine Stadt mit Gewalt dicht machen, machen wir dasselbe mit Streiks.”

Aber was noch viel wichtiger ist: Wir müssen die Bewegung nach Hause bringen, von einer großen Demo zu vielen tausend kleineren Protesten und Kampagnen, die in jedem Land zu einem Crescendo anschwellen können und unseren Machthabern klar machen, dass Genua den Wendepunkt hin zu einer viel größeren Bewegung markierte, vor der sie sich nicht verstecken können.

www.linksruck.de

Aus: **Neoliberalismus, Globalisierung und Widerstand** von Frank Renken, Ahmed Schah und Bernhard Seidl

Was ist die WTO?

Die Welthandelsorganisation wurde 1995 gegründet, als Abschluss der Uruguay-Runde des GATT, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen. Mit einem Regelwerk setzt sie die Spielregeln des freien Marktes weltweit durch.

Die Streitschlichtungsstelle der WTO kann Sanktionen gegen Länder verhängen, die sich diesen Regeln nicht beugen wollen. Die WTO-Regeln haben Vorrang vor allen anderen internationalen Abkommen, selbst vor nationalen Gesetzen.

In der WTO hat zwar jedes Land nur eine Stimme. Das hat die USA, die EU, Japan und Kanada, die so genannten Quads, aber nicht daran gehindert, sich gegen die ärmeren Länder durchzusetzen.

Denn die Quads haben als einzige das Recht, die Tagesordnungen der Treffen festzulegen.

Präsident der WTO ist der Amerikaner James Wolfensohn.

Was ist der IWF?

Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 im amerikanischen Bretton Woods gegründet, zeitgleich mit der Weltbank. Im Interesse der reichsten Länder der Welt, allen voran der USA, überwacht er die Weltwirtschaft und fördert den freien Markt.

Innerhalb des IWF haben die Länder Stimmrechte. Die Stimmanteile verteilen sich nach ihrer Wirtschaftskraft, nicht nach den Bedürfnissen ihrer Bürger.

Die USA, in der nur fünf Prozent der Weltbevölkerung leben, verfügt über 17 Prozent der Stimmen. Auf die G-7, die sieben reichsten Länder der Welt, entfallen insgesamt 45 Prozent der Stimmen - genug, um ihre Interessen durchzusetzen.

Derzeitiger Generaldirektor des IWF ist der Deutsche Horst Köhler.

Was ist die Weltbank?

Die Weltbank vergibt für große infrastrukturelle Projekte, wie Staudämme, Stromkraftwerke und Straßen, Kredite an Länder der Dritten Welt. 1980 wurde ihr die Aufgabe übertragen, in Zusammenarbeit mit dem IWF auch Strukturanpassungskredite zu vergeben. Heute sind rund die Hälfte ihrer Kredite an Strukturanpassungen gekoppelt.

Ein interner Bericht der Weltbank bestätigt, dass bis 1991 mehr als zwei Millionen Menschen zwangsumgesiedelt wurden, um Platz zu machen für von der Weltbank geförderte Projekte.

Die Mehrzahl der aktuellen Kredite dienen nur der Begleichung vergangener Kredite. Zwischen 1980 und 1992 verwalteten Weltbank und IWF Zinszahlungen von Dritte-Welt-Ländern in Höhe von 771,3 Milliarden US-Dollar. Darüber hinaus erhielten sie 891 Milliarden US-Dollar an Rückzahlungen für die ursprünglichen Kredite (Zahlen der Vereinten Nationen).

Während dieses Zeitraums zahlten die ärmsten Länder dreimal so viel zurück, wie ihre Schulden 1980 betragen hatten - nur um am Ende dreimal so hoch verschuldet zu sein, wie vorher.

Was sind Strukturanpassungsprogramme?

Kein Land der Dritten Welt erhält von IWF und Weltbank einen Kredit, ohne einem Strukturanpassungsprogramm (SAP) zugestimmt zu haben.

Sie öffnen die Wirtschaft der Länder multinationalen Konzernen, privatisieren Staatsbetriebe, zerschlagen Arbeiterrechte, drücken die Löhne, bauen Arbeitsschutzbestimmungen ab, und senken die staatlichen Ausgaben für soziale Aufgaben in einem drastischen Ausmaß.

SAPs haben die örtliche Industrie zerstört und Hunderttausende arbeitslos gemacht.

In beinahe jedem afrikanischen Land sind die Reallöhne um die Hälfte gefallen, seitdem IWF-Programme durchgesetzt wurden.

In Simbabwe fielen die Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheitsversorgung um ein Drittel, nachdem 1990 ein SAP des IWF eingeführt wurde. IWF-Gesundheitskürzungen haben sichergestellt, dass AIDS in Afrika zur Epidemie geworden ist.

SAPs sind so unbeliebt, dass der IWF sie umgetauft hat: In Armutsbekämpfungsprogramme!



gute Internetseite mit weiteren Links und Infos: de.indymedia.org

Homepage attac-unigruppe Freiburg: www.attac-freiburg.de/uni